

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2018



**Reha Spezialheime**

**Korea-Treffen**

**Trier und Marx**

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Rehabilitiert  
Anti-Doping-Preis  
Manifest  
Beratungsangebot  
Kommentar

### Recht

- 4 Rehabilitierung von Spezialheim-Kindern

### International

- 5 Ortegas Macht bröckelt  
Reform in der bulgarischen Schulbildung  
Das Korea-Treffen und ein vergessenes Wort
- 6 Neuer Vorsitzender von Memorial  
Hoffnung für Kuba?

### 17. Juni 1953

- 7 Sehnsucht nach Würde und Freiheit  
Zusätzlicher Feiertag für Berlin  
Gedenken in Chemnitz  
Gedenken in Berlin

### Dokumentiert

- 8 Petition zum Thema Rentenrecht

### Marx 200

- 10 Die Zäsur von Trier

### Geschichte

- 11 Das Ende der polnischen Deutschland-Spionage

### Berichte

- 12 Instrumentalisierung einer nationalen Minderheit  
Ablehnung nach zwei Jahren
- 13 Studie zum sexuellen Mißbrauch in der DDR  
Zeitgeschichte als Krimi  
Neue Dauerausstellung

### Verbände

- 14 40 000 Briefe  
„Das Leiden der 2. Generation“  
„Anzahl der Freiheitsgrade“  
Einladung
- 15 28 Jahre Berlin mit und ohne Mauer  
Suchanzeige  
Jahrestreffen  
Abschied

### Service/Bücher

- 16 „Die RAF hat Euch lieb“
- 17 Gorbatschow und die deutsche Frage
- 18 Geheimhaltung im wesentlichen gelungen

### Service/Veranstaltungen

17–19

### Umschlagbild

Standfoto aus dem Kurzfilm „Anzahl der Freiheitsgrade“ (s. S. 14) von Katrin Büchel, Foto- und Filmkünstlerin aus Berlin, die in ihrer Jugend mehrere Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe, darunter auch den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, durchlaufen mußte.

Quelle: Katrin Büchel

## Editorial

# 17. Juni 1953 – Ein gesetzlicher Feiertag?

Um es vorweg zu sagen: Ja!

Am 17. Juni 1953 haben Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen „DDR“, insbesondere aber die Arbeiter – also die ganz normalen Bürger – aufbegehrt gegen das kommunistische Unterdrückungsregime. Es ging aber eben nicht nur um Normen und Einkommen, sondern es ging um Freiheit. Diese Männer und Frauen, die mit dem denkbar größten Risiko gegen die Diktatur demonstriert haben, hatten keine Ahnung, wie der Protest für sie ausgehen konnte. Sie haben mit ihrem mutigen Eintreten für die Freiheit ein Fanal gesetzt, das die Machthaber in der ehemaligen DDR nie vergessen haben.

Wenn zum Beispiel in Berlin eine Diskussion darüber geführt wird, einen zusätzlichen Feiertag einzuführen, darunter auch als Option den 17. Juni, dann wird oft gesagt: Es weiß doch keiner oder es wissen nur wenige, was der 17. Juni bedeutet. Und dafür ein Feiertag? – Genau deshalb, meine ich! Und wenn an einem solchen Feiertag die Bürger viel lieber an den Wannsee fahren, um in der Sonne zu liegen, dann ist das auch in Ordnung.

Natürlich muß ein Gedenk- und Feiertag

sich nicht darin erschöpfen, über den Hergang der Ereignisse zu sinnieren, Tränen zu vergießen oder Kränze niederzulegen. Von allem etwas wäre vermutlich das Richtige. Wenn es ein Kriterium dafür gäbe, wie viele Menschen über die Bedeutung der Anlässe von Feiertagen nicht Bescheid wissen, dann könnten wir an Ostern oder an Weihnachten auch die gesetzlichen Feiertage abschaffen.

Aufgabe von Gedenk- und Feiertagen ist es jedoch, daran zu erinnern, daß etwas Wesentliches und Wichtiges geschehen ist, das im Bewußtsein der Menschen gehalten, gepflegt oder auch, wie am 17. Juni, ein Teil neu entdeckt werden sollte.

Auf jeden Fall haben wir, die Deutschen, allen Grund, stolz zu sein auf Frauen und Männer, die mit selbstlosem Einsatz für Demokratie und für die Freiheit nachfolgender Generationen eingetreten sind.


Deshalb: Ja! – Der 17. Juni 1953 hätte es mehr als verdient, gesetzlicher Feiertag zu werden. Bitte, liebe Leserinnen und Leser, schreiben auch Sie an die Verantwortlichen, die etwas in dieser Sache bewegen können, und überlassen Sie es nicht dem Zufall.

Ihr Dieter Dombrowski

## Rehabilitiert


(rp) Viele DDR-Bürger, die über die ČSSR in den Westen flüchten wollten, landeten zunächst in tschechischen Gefängnissen. Jetzt werden einige dieser Fälle in Tschechien aufgearbeitet. Im Mai hat das Bezirksgericht im südböhmischen České Budějovice/Budweis ein wichtiges Urteil gefällt. Rechtsanwalt Lubomir Müller dazu: „Das ist das erste Urteil auf dem Boden der Tschechischen Republik, bei dem ein Bürger der DDR, der erfolglos versucht hatte, über die Tschechoslowakei zu flüchten, von einem Gericht rehabilitiert wurde. Solch einen Fall gab es hierzulande bisher nicht.“

Müller ist der Verteidiger des früheren DDR-Bürgers, der 1976 wegen sogenannter Republikflucht in einem tschechoslowakischen Untersuchungsgefängnis saß und damals 13 Tage in Haft verbrachte, bevor er an die DDR ausgeliefert und dort mit zwei Jahren Gefängnis bestraft wurde. Richterin Irena Tichá folgerte, daß seine Verhaftung und Festsetzung in der ČSSR rechtsstaatswidrig gewesen sei.

Rechtsanwalt Müller: „Hunderte von ehemaligen DDR-Bürgern haben versucht, in den Westen zu gelangen, und nahmen an, daß der einfachste Weg dazu der über die ČSSR sei. Das Problem bestand aber darin, daß diese Menschen hier längere Zeit inhaftiert wurden, ohne verurteilt zu sein.“ – Und genau diese Diskrepanz hat das Bezirksgericht in Budweis nun überbrückt. 

## Anti-Doping-Preis

(ndr) Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Anne Drescher, erhält in diesem Jahr den Anti-Doping-Preis. Der Verein Dopingopfer-Hilfe e.V. vergibt die Auszeichnung alle zwei Jahre und würdigt nun Dreschers Engagement für Sportgeschädigte. Der Preis ist mit 1500 Euro dotiert. „Anne Drescher hat das Leidpotential der staatsgedopten DDR-Athleten mit echter Empathie wahrgenommen und eine belastbare Hilfsstruktur aufgebaut“, sagte die Vorsitzende der Dopingopfer-Hilfe, Ines Geipel.

Nachdem der Landtag vor mehr als zwei Jahren die Einrichtung einer Anlaufstelle für Sportgeschädigte bei der Landesbeauftragten beschlossen hatte, stellte Anne Drescher umgehend ein Team zusammen, Beratungstage wurden organisiert und eine Broschüre zum DDR-Doping herausgegeben. 

## Manifest

(abl) Vierundzwanzig Bürger aus Kreisen der DDR-Opposition, darunter Stephan Bickhardt, Siegfried Reiprich, Andreas Schönfelder, Uwe Schwabe und Wolfgang Templin, haben in einem Manifest gegen totalitäre Tendenzen der Digitalisierung der Gesellschaft protestiert.

Sie treibe die Sorge um, daß eine neue Art totalitärer Durchdringung der Gesellschaft drohe. Einer, aber keineswegs der


einzig Grund dafür sei der in vielen Medien erhobene Verdacht, daß Facebook Wahlen und Volksabstimmungen beeinflusst habe. Auch wenn dieser Angriff auf das Gemeinwesen auf leiseren Sohlen daherkomme als der offene Terror des Dritten Reichs oder die SED-Diktatur, seien die bereits heute an Millionen Menschen beobachteten Schäden beunruhigend.

In dem Text heißt es: „Wir entdecken in der digitalen Umwandlung unserer Gesellschaft totalitäre Züge, die uns in unseren bürgerrechtlichen Intentionen zuwider sind.“

Der gesamte Text des Manifests ist zu lesen unter [www.dermenschistkeinemaschine.de](http://www.dermenschistkeinemaschine.de) 

## Beratungsangebot

(bkl) Am 13. Juni 2018 berät ein Mitarbeiter des VOS-Landesverbandes Sachsen in den Räumen der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ wieder Opfer politischer Verfolgung in der DDR.

Hilfesuchende können sich nach vorheriger Anmeldung, Tel. (03 41) 9 61 24 43, Bürgerkomitee Leipzig, zwischen 11.00 und 14.00 Uhr u.a. über Themen wie verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitation und über Wiedergutmachungsleistungen informieren sowie Hinweise zum Rehabilitierungsverfahren einholen. Anträge liegen ebenfalls bereit. 

## Kommentar

### Die Guten sind nicht die Radikalen

Tatsächlich. Das 19. Jahrhundert hatte massive Schwierigkeiten mit den sozialen Folgen der Industrialisierung. An den Rändern der großen Städte entstanden regelrechte Slums. Eltern mußten ihre Kinder zur Arbeit schicken, um zu überleben. Das Elend führte zu Abstumpfung und Kriminalität. Die würdelosen Lebensbedingungen entluden sich immer wieder in gewalttätigen Auseinandersetzungen. Es ging zu, wie in manchen Entwicklungsländern heute. Daß dieser Zustand unhaltbar war, nahm die Gesellschaft nur zögernd zur Kenntnis. Es war eine schlimme Zeit. Kein Wunder, daß sie einen radikalen Theoretiker wie Marx hervorbrachte.

Gefragt aber war praktische Politik. An der Überwindung arbeiteten viele Menschen, was allerdings über Jahrzehnte hinweg nicht gelang. Die beindruckend große Zahl privater Initiativen konnte das Problem letztlich nicht lösen. Es war die große Stunde der Sozialreformer. Als Karl Marx 1883 starb, waren die sozialen Reformen in Deutschland in

vollem Gange. Man kann sicher darüber streiten, welche Rolle Marx in dieser notwendigen Protestbewegung spielte, der einzige und geniale Übervater war er jedenfalls nicht. Schon 1871 wurde ihm entgegengehalten, daß seine Diktatur der Arbeiterklasse genauso fatal wäre, wie die Herrschaft der Kapitalisten.

Es war gut, daß damals niemand auf ihn gehört hat, denn überall, wo später seine Rezepte befolgt wurden, ging es nicht nur der „Arbeiterklasse“, sondern ganzen Völkern schlechter als vorher. Das Kapital ist ein wildes Tier. Um das zu verstehen, brauchte es Marx nicht. Demokratie, eine unabhängige Presse und Rechtsprechung, Parlamente und freie Wahlen sind in der Lage, das „wilde Tier“ zum Nutzen aller zu zähmen. Und genau diese Instrumente wollte Marx abschaffen. Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Man sollte ihn nicht ehren.

Dieter Dombrowski

## Rehabilitierung von Spezialheim-Kindern

Bei der Rehabilitierung von Betroffenen von Spezialheimen gibt es weiterhin große Unterschiede. Die Rechtsprechung der jeweiligen Oberlandesgerichte geht dabei weit auseinander, so daß sich abgesehen von dem geschlossenen Jugendwerkhof Torgau und dem Arbeits- und Erziehungslager Rüdersdorf die Rehabilitierungsfähigkeit von Betroffenen von Spezialheimen als schwierig erweist.

Eine Rehabilitierung wurde lange Zeit grundsätzlich abgelehnt, wenn man nicht klar und deutlich nachweisen konnte, daß die Einweisung politischer Natur war. Das Brandenburgische Oberlandesgericht hatte mit Beschluß vom 27. März 2012 (Az.: 2 Ws (Reha) 28/11) als erstes Land auch die Unterbringungsbedingungen in seiner Entscheidung berücksichtigt. Es hieß zwar, daß hinsichtlich der Überprüfung im Rehabilitierungsverfahren grundsätzlich nur die Gründe für die Anordnung der Heimerziehung ausschlaggebend für die Rehabilitierungsentscheidung sein können, es also nicht auf die jeweiligen Bedingungen der Unterbringung im Heim ankomme. Man stellte aber klar, daß zur Feststellung, ob ein grobes Mißverhältnis zwischen dem Anlaß für die Heimerziehung und den angeordneten Konsequenzen vorliegt (§ 1 Abs. 1 Nr. 2, § 2 Abs. 1 StrRehaG), nur sachgerecht unter Berücksichtigung der Art und Weise der festgelegten Rechtsfolgen beurteilt werden kann. Also sind auch der Charakter der konkret angeordneten Heimunterbringung und die aufgrund der allgemein vorherrschenden Lebensbedingungen in den Heimen für den Betroffenen entstehenden Konsequenzen zu berücksichtigen. Demgemäß ist bei Einweisungen in Spezialheime der DDR, auch wenn diese nicht generell als rechtsstaatswidrig zu werten sind, zu beachten, daß sich eine

solche Maßnahme gegenüber der Anordnung von Unterbringungen in Normalheime als für den Betroffenen deutlich belastender darstellt.

Mit dieser Rechtsprechung blieb das Land Brandenburg lange allein.

Nachdem das Oberlandesgericht Naumburg gleich zweimal vom Bundesverfassungsgericht gerügt worden ist, kam der Wandel. Mit Beschluß vom 3.12.15, Az.: 2Ws(Reh) 45/15, entschied das OLG Naumburg, daß die Einweisung in ein Spezialkinderheim in der Regel unverhältnismäßig ist, wenn der Betroffene sich nicht gemeingefährlich verhalten oder erhebliche Straftaten begangen hatte. Darüber wurde hier bereits ausführlich berichtet (Ausgaben 3/16 und 2/17). Dennoch ist es wichtig, nochmals darauf aufmerksam zu machen. Diese Rechtsprechung ist seitdem in vielen Verfahren bestätigt, und viele Betroffene sind für ihre Aufenthalte in Spezialheimen rehabilitiert worden. Darüber hinaus entschied das OLG Naumburg auch, daß diejenigen, deren Rehabilitierungsantrag abgelehnt worden war, einen Wiederaufnahmeantrag stellen können, unter Berufung auf die im Jahr 2012 erschienene Studie „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ von Prof. Wapler, Dr. Sachse und Prof. Laudien, weil gemäß § 359 Nr. 5 StPO neue Tatsachen dargestellt werden, OLG Naumburg, Beschluß vom 19.01.2017 2 Ws (Reh) 15/16. In den übrigen neuen Bundesländern und Berlin wollte man sich der Auffassung von Naumburg jedoch nicht anschließen. Der erfolgte Hinweis, daß dann gemäß § 13 Abs. 4 StrRehaG und § 121 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Pflicht bestünde, dem Bundesgerichtshof vorzulegen, fand bisher kein Gehör. Deshalb liegen derzeit mehrere Verfassungsbeschwerden an, die sich u.a. auf diesen Verstoß berufen.

Das OLG Brandenburg scheint sich nun jedoch der Rechtsprechung des OLG Naumburg zumindest anzunähern. So gab es kürzlich in relativ knappen Abständen zwei Entscheidungen, die den Betroffenen von Spezialheimen Mut machen dürften.

Die erste Entscheidung ist vom Oktober 2017, OLG Brandenburg, Beschluß vom 26. Oktober 2017 2 Ws (Reha) 10/16. Das OLG Brandenburg schließt sich da-

hingehend der Rechtsprechung des OLG Naumburg an, die Wiederaufnahme des Verfahrens mit dem Verweis auf die oben genannte Studie als neue Tatsachen zuzulassen. Im übrigen bleibt es bei seiner Argumentation aus dem Beschluß vom März 2012 und vermeidet es, anders als das OLG Naumburg, eine allgemeine Äußerung zu treffen hinsichtlich der Rehabilitierung von Betroffenen von Spezialheimen. Im Ergebnis bleibt es also offen, ob eine Einweisung in ein Spezialheim nur dann zu rechtfertigen ist, wenn die eingewiesene Person zuvor erhebliche Straftaten begangen oder sich gemeingefährlich verhalten hat. Im vorliegenden Fall waren in den Jugendhilfeakten des Betroffenen nur pauschale Äußerungen zu angeblichen Disziplinschwierigkeiten benannt, so daß die Voraussetzungen des Übermaßverbotes erfüllt waren.

Die zweite Entscheidung datiert vom 22. März 2018, Az.: 2 Ws (Reha) 11/17. Auch dort handelte es sich um ein Wiederaufnahmeverfahren mit dem Ergebnis der Rehabilitierung. Dem Senat lagen die oben genannten wissenschaftlichen Erkenntnisse zwar schon vor, sie wurden aber zu keinem Zeitpunkt im Verfahren berücksichtigt, weshalb sie als neue Tatsachen gewertet wurden. In diesem Verfahren war die Betroffene, nachdem sie zunächst wegen vornehmlich scheidungsbedingter Erziehungsprobleme der Eltern in ein Mädchenheim eingewiesen worden war, in einen Jugendwerkhof verbracht worden. Sie war mehrfach aus dem Mädchenheim weggelaufen. Dem Gericht konnte sie glaubhaft vortragen, daß sie dies tat, um den sexuellen Übergriffen ihres Vaters, den sie alle zwei Wochen zu besuchen hatte, zu entkommen. Aus Angst vor ihrem Vater, als Mitarbeiter der Staatssicherheit, konnte sie nicht darüber sprechen. Begründung für die Einweisung in den Jugendwerkhof war, daß die Mittel des Mädchenwohnheims nicht mehr zur Umerziehung ausreichten.

Beide Fälle zeigen, daß es sich durchaus lohnen könnte, einen Antrag auf Rehabilitierung bzw. einen Wiederaufnahmeantrag zu stellen. Bei etwaigen Fragen können Sie sich in der juristischen Beratungsstelle der UOKG melden, Tel. (030) 55 77 93 53. Wir unterstützen Sie gern.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

### Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

## Ortegas Macht bröckelt

Zu den von der SED besonders geförderten und geschätzten Organisationen gehörten

auf denen die Kandidaten der Opposition angekreuzt waren.

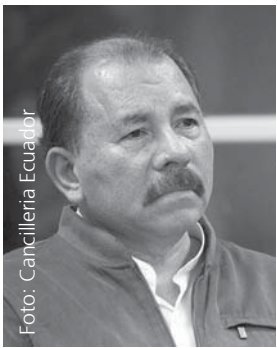


Foto: Cancilleria Ecuador

Daniel Ortega.

nach gefälschten Wahlen, 2007 wieder die Macht als Präsident.

Nach den Wahlen wurden auf Müllhal-

den die Sandinisten in Nicaragua, an deren Spitze der Marxist Daniel Ortega stand. Als das „Kommunistische Lager“ 1990 weitgehend kollabiert war, stürzte auch Ortega, der als Diktator Nikaragua beherrschte. Doch er erholte sich politisch wieder und über-

Mit seinen politischen Freunden Castro und Maduro eng verbunden, schaffte er, ähnlich wie auf Kuba und in Venezuela, Stück für Stück demokratische Grundrechte ab, ernannte seine Ehefrau, Rosario Murillo, zur Vizepräsidentin und damit zu seiner Stellvertreterin.

Die politische Opposition ist entmachtet, zerstritten und Menschenrechte sowie die Pressefreiheit sind in Nikaragua nicht mehr gewährleistet. Die Wirtschaft ist durch sozialistische Mängel ähnlich desolat, wie in Kuba und Venezuela. Trotzdem steht die SED-Nachfolgepartei fest zu diesen drei kommunistischen Diktaturen, die KPF-Gründerin Wagenknecht bezeichne-

te nach einem Besuch „Venezuela als das freieste Land der Welt“.

Dementsprechend sind es natürlich immer die USA-Sanktionen, die für sozialistische Mißwirtschaft verantwortlich sind. Einsicht erwartet man bei solch ideologisch verblendeten Politikern vergeblich.

Jetzt schickte Ortega seine Schlägertrupps los, um Demonstrationen im Land niederzuschlagen, doch sicher ist auch die Zeit seiner Diktatur begrenzt, wie dies ebenfalls für Venezuela und Kuba zu hoffen bleibt.

Merkwürdig ist dabei, daß sich deutsche Parteien, außerhalb der Partei Die Linke, kaum zu den Menschenrechtsverletzungen dieser linken Diktaturen äußern, während sie sonst laut und heftig protestieren.

Matthias Kühne

## Reform in der bulgarischen Schulbildung

Aktuell führt das Land Bulgarien den Vorsitz des Europarates der Europäischen Union. Geschichtsaufarbeitung, besonders Aufarbeitung der jüngeren Geschichte gehört nicht zu den Schwerpunkten der Ratspräsidentschaft. Dennoch hat das bulgarische Parlament Anfang des Jahres ein Gesetz verabschiedet, mit dem eine Reform der bulgarischen Curricula in den Schulbüchern eingeleitet wird.

Erstmals soll in den Schulbüchern über die Repressionen in der Zeit des Kommunismus in Bulgarien berichtet werden. Laut bulgarischem Bildungsministerium soll bereits ab dem Schuljahr 2019/2020 mit

den neuen Lehrbüchern gelehrt werden. Die Schüler in den Klassen 10 bis 12 werden dann selbständig die Auswirkungen der Periode der Volksgerichte nach dem 4. September 1944 (Tag des Einmarsches der sowjetischen Armee in Bulgarien), die Repressionen gegen Andersdenkende, die Unterdrückung und Verletzung der bürgerlichen und politischen Freiheiten, der Menschenrechte, die Privilegien der Kommunistischen Partei, die wirtschaftlichen Folgen der Planwirtschaft betrachten.

Die Verabschiedung des Gesetzes rief nicht nur Freude hervor. Die Oppositionsführerin der bulgarischen Sozialdemokra-

tischen Partei (BSP) – direkte Nachfolgepartei der ehemaligen bulgarischen Kommunistischen Partei – Kornelia Dimova, forderte in der Plenarsitzung den Rücktritt des bulgarischen Bildungsministers Krasimir Valchev. Im Anschluß an ihre Rede verließen die Abgeordneten der bulgarischen BSP geschlossen das Parlament. Daß die Schulbuchreform notwendig war, beweist die aktuelle bulgarische Statistik, wonach 79 Prozent der Bulgaren im Alter von 16 bis 30 Jahren kein Wissen über die Zeit des totalitären Regimes in der Zeit von 1944 bis 1989 besitzen.

Ulf Georgiew

## Das Korea-Treffen und ein vergessenes Wort

In den Medien äußern sich viele Politiker fast schon euphorisch über das Treffen zwischen dem Präsidenten Südkoreas, Moon Jae In, und „Machthaber“ Kim Jong Un – der Begriff Diktator wird meist vermieden. Vieles erinnert an die „Sonnenscheinpolitik“, für die der damalige südkoreanische Präsident Kim Dae Jung 2000 den Friedensnobelpreis erhielt, allerdings wurde später bekannt, daß sein Besuch damals „erkauft“ worden war, indem Lebensmittellieferungen der Diktatur von Kim Jong Il das Überleben sicherten. Durch den Vater des heutigen Diktators wurde der südkoreanische Präsident mit der Frage begrüßt, ob er denn schon kalte Nudeln bei Onkel Ho gegessen habe.

Ähnlich locker schien auch diesmal der, im Gegensatz zu seinen Landsleuten, sehr wohlgenährte Kim Jon Un den südkoreanischen Präsidenten begrüßt zu haben. In der Berichterstattung erschienen beide „auf Augenhöhe“, dabei ist nur der Vertreter Südkoreas durch freie, gleiche und geheime Wahlen legitimiert, denn solchen „politischen Luxus“ erlaubt die kommunistische Diktatur ihren eigenen Bewohnern, besser Insassen, nicht. Bürgerrechte und Pressefreiheit wurden in der Berichterstattung ebenso ausgeblendet wie die Todeslager in Nord-Korea. Auch der Mord an Kim Jong Nam durch den Geheimdienst von Nord-Korea wurde „vergessen“.

Doch ausführlich und wohlwollend wurden die Aufrufe zum Frieden durch Kim Jong Un immer wieder zitiert. Nur ein Wort kam überhaupt nicht vor: Freiheit. Dieses Wort scheuen Kommunisten wie der Teufel das Weihwasser, denn da geht es um die Machtfrage. Konrad Adenauer hat das deutlich formuliert, in der Reihenfolge seiner Politik: Freiheit, Frieden, Einheit. Dies sollten die Südkoreaner besonders bedenken, denn eine Wiedervereinigung ist nichts wert, wenn die Freiheit für sie und für die Nordkoreaner nicht erreichbar ist. In der DDR gab es auch Frieden, einen Friedhofsrieden, doch keine Freiheit, die erst 1989 durch eine friedliche Revolution gegen die so-



zialistisch-kommunistische SED-Diktatur erkämpft werden konnte. Natürlich muß, wenn es in Nord-Korea einen Machtwechsel gibt, der Diktator Kim Jong Un mit Familie und Spitzenfunktionären vor Gericht gestellt werden, für all die Massenmorde, doch diese Forderung wird wohl jetzt kaum ein Politiker öffentlich äußern, denn der erhoffte „Sonnenchein“ kann sehr schnell wieder vergehen, wenn sich die Machtelite in Pjöngjang dieser Gefahr bewußt wird.

Auf Atomwaffen wird die Diktatur nicht verzichten, denn ohne sie ist ihr Bestand gefährdet. Allerdings ist eine Ablösung der Machtelite solange unwahrscheinlich, solange die Führung der KP Chinas die schützende Hand über sie hält. Damit liegt der eigentliche Schlüssel zur politischen Veränderung Nord-Koreas beim chinesischen Diktator Xi Jinping und zum kleineren Teil auch beim russischen Machthaber Putin, beide sind sich ideologisch sehr nahe und wollen keine USA-Truppen an ihren

Grenzen. Aber die Politik kennt jähe Wendungen, und der „Wind der Veränderung“ kann ja eines Tages sogar Peking erreichen, und dann gibt es Hoffnung auf Freiheit für das ganze koreanische Volk. Wir haben in Deutschland den Weg von der Diktatur in die Freiheit gewählt, er sollte nicht umgekehrt gegangen werden. Reiner Kunze schrieb: Die Vergangenheit nicht zu kennen, kann die Zukunft kosten.

Hermann Schulze

## Neuer Vorsitzender von Memorial

Jan Raczynski ist neuer Vorsitzender von Memorial International.

Auf der Vorstandssitzung von Memorial International am 22. März 2018 wurde Jan Raczynski einstimmig (mit eigener Enthaltung) zum Vorsitzenden gewählt. Er ist der Nachfolger von Arsenij Roginskij, der am 18. Dezember 2017 verstorben war.

Jan Raczynski, ursprünglich Mathematiker und Programmierer, war seit Anbeginn Mitglied von Memorial. Er gehört dem Menschenrechtszentrum Memorial an und

hat bis in die jüngste Zeit an Menschenrechts-Missionen in Konfliktgebieten teilgenommen. Vor allem aber betreut er die große Datenbank der Opfer des politischen Terrors, deren letzte aktualisierte und neu gestaltete Version Ende letzten Jahres im Internet erschienen ist (die älteren Versionen sind auch als CDs verfügbar).

2016 erschien unter Raczynskis Ägide ein umfangreiches Nachschlagewerk mit Kurzbiographien führender NKWD-Funktionäre der Jahre 1935-1939 (die zur Zeit der Großen Säuberung verantwortliche

Posten innehalten).

Jan Raczynski wurde für die verbleibende Amtszeit des derzeitigen Vorstands zum Vorsitzenden gewählt. Ende des Jahres wird auf der Mitgliederversammlung aller Memorial-Verbände (die alle vier Jahre stattfindet) der Vorstand – und damit auch der Vorsitzende – neu bestimmt.

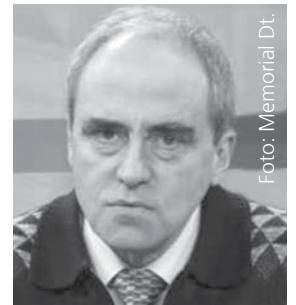


Foto: Memorial Dt.

Jan Raczynski.

Memorial Deutschland

## Hoffnung für Kuba?

Im April 2018 tagte in Havanna die „Nationalversammlung“, die man allerdings nicht mit einem demokratisch gewählten Parlament gleichsetzen kann, denn seit dem Staatsstreich der Castro-Brüder 1959, den sie gemeinsam mit Terroristen wie Che Guevara und anderen gegen Diktator Batista führten, gab es nie freie, gleiche und geheime Wahlen auf der Karibikinsel. Auf dieser Tagung bekam Raul Castro, inzwischen auch schon 86 Jahre alt, einen Nachfolger im Amt des Präsidenten, natürlich wieder, ohne dem Volk die Möglichkeit zu geben, sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Der neue Präsident ist Miguel Diaz-Canel, ein Apparatschik, der sich längst angepaßt hat und von dem kaum Reformen des verkrusteten diktatorischen Systems zu erwarten sind. Auch behält Castro noch das Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei und den Oberbefehl über die Streitkräfte und die Staatssicherheit, die maßgeblich durch das MfS der DDR ausgebildet und angeleitet wurde. Jetzt rächt sich die vorschnelle Aufnahme diplomatischer

Beziehungen des Ex-Präsidenten Obama zur Castro-Diktatur, die er gegen den Rat vieler Kuba-Kenner blitzartig durchsetzte, ohne wirklich entsprechende Gegenleistungen im Bereich der Menschenrechte erreicht zu haben.

Sein Nachfolger, Präsident Trump, sagte über die Machthaber, sie wären ein „grausames und brutales Regime“, was bei der Zahl der politischen Hinrichtungen und Gefangenen durchaus zutreffend ist. Inzwischen sind die Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder deutlich abgekühlt, weil trotz politischer Euphorie, auch bei vielen europäischen Staaten, die Kommunistische Partei Kubas keine wirkliche Öffnung betreibt.

Wirtschaftlich leiden die Kubaner besonders unter der Zweiteilung der Währung, wer keinen Zugang zu Euro oder Dollar hat, muß sich mit den sehr bescheidenen staatlichen Lebensmittellieferungen begnügen, der einheimische Peso ist kaum etwas wert, und Zukäufe auf privaten Märkten sind damit kaum möglich.

Seit der schweren politischen Krise in Venezuela, wo bisher Diktator Maduro seinen Freund Castro günstig mit Öl belieferte, ist auch diese Hilfe weitgehend versiegt, und die Kommunistische Partei Chinas versucht immer stärker Einfluß auf die kubanische Schwesterpartei zu nehmen. Durch seinen Oberbefehl über das Militär sichert sich Raul Castro auch den Zugang zur weiteren Macht, weil die Armee wie ein Krake alle Bereiche des Lebens in Kuba durchdringt, bis hin zum Tourismus, der (noch) Devisen ins Land bringt.

Sollte es allerdings zu Unruhen kommen, wäre es möglich, daß selbst diese Quelle versiegt, wie man am Beispiel Türkei oder Ägypten sehen kann.

Hoffnung für Kuba besteht nur dann, wenn durch konsequente Politik, vor allem der USA und der EU, diese Diktatur gezwungen wird, elementare Menschenrechte einzuhalten, sonst werden die Kubaner weitere Jahre in der Düsternis des „real existierenden Sozialismus“ mit all seinen Schattenseiten darben müssen.

Anton Odenthal

## Sehnsucht nach Würde und Freiheit

**Rede zum 17. Juni 1953 bei der  
Gedenkveranstaltung auf dem  
Steinplatz in Berlin am 17. Juni 2017**

**Von Joachim Krüger, Vorsitzen-  
der der AG Lager Sachsenhausen  
1945–1950 e.V.**

Der Aufstand des 16. und 17. Juni 1953 war in weiten Teilen ein Aufstand der Arbeiter: Der Arbeiter in Hennigsdorf, der Arbeiter auf den Neubauten der Stalinallee, der Arbeiter in den Industrievierteln der jungen DDR in Sachsen-Anhalt und Sachsen; der Aufstand von Männern und Frauen, die von ihrer Hände Arbeit lebten.

Sie waren, so verkündete es ihnen das ZK der SED, das sich als die Avantgarde der Arbeiterklasse bezeichnete, vom Arbeitsdiktat der blutsaugenden und Mehrwert in ihren Händen anhäufenden Konzernherrschaft im ersten sozialistischen deutschen Staat befreit worden. Ihnen sollte – so verkündete die stalintroue DDR-Führung 1953 – die Morgenröte des Sozialismus den Weg in das kommunistische Paradies weisen.

In der Realität aber mußten die Arbeiterinnen und Arbeiter erkennen, daß die selbsternannte Clique der sogenannten Parteiantantgarde längst die Demokratie zu Grabe getragen hatte: Freie Wahlen gab es nicht mehr; die Chance zur Umkehr, zur Abkehr vom Sozialismus durch Mehrheitsentscheidung war verbaut. Das Recht auf freien Zusammenschluß, auf freie Gewerkschaften als wirksame Interessenvertretung der Arbeiterschaft und damit als Gegenmacht zum sich entwickelnden allmächtigen Staatskapitalismus in der jungen DDR war gefallen. Der FDGB wurde zum Transmissionsriemen, zum Durchpeitscher der Beschlüsse des ZK der SED degradiert.


Alle Entscheidungen fielen dort im ZK der SED, egal, ob es um Steigerungen der Arbeitsnormen, um Lohnkürzungen, um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder die völlig willkürliche Erhöhung der Konsumgüterpreise ging. An den Entscheidungen der Parteiführung gab es nichts zu deuten, denn wie hieß es schon 1952: „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht!“

Wer, wie viele mutige Arbeitnehmer um den 17. Juni 1953 herum, zu Streiks und Arbeitsniederlegungen aufrief, galt als Urheber „feindlicher Aktionen“, als Sa-

boteur an den sozialistischen Errungenschaften, als Agent des Kapitalismus und Erfüllungsgehilfe der westlichen Klassenfeinde und Konterrevolutionäre. Durchsetzen konnte die DDR-Führungsriege ihre „Diktatur des Proletariats“ nur mit Hilfe sowjetischer Panzer, hier 1953 in Ost-Berlin ebenso wie Jahre später in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei.

Was sie aber nicht brechen konnte, war der nachhaltige Wunsch der Menschen auf Selbstbestimmung in Würde und Freiheit. Diese Fackel sollte nie erlöschen, bis es 1989 zur friedlichen Revolution und damit zum Ende der Diktatur in der DDR, zum Zusammenbruch dieses auf Unrecht aufgebauten Staates kommen sollte.

Mit dem zwar gescheiterten Juni-Aufstand des Jahres 1953 hatte der „real existierende Sozialismus“ seine erste unübersehbare Niederlage hinnehmen müssen, seine Vernichtung konnten die Panzer der UdSSR einstweilen aufhalten.


Diese Erkenntnisse des 17. Juni sollten wir immer vor Augen haben, wenn uns heute wieder Anhänger zum Beispiel der „Kommunistischen Plattform“ in der Linkspartei – wie Sarah Wagenknecht – die Segnungen des Marxismus schmackhaft machen wollen! Wir haben aus der Geschichte gelernt und bringen zugleich damit unseren Respekt und unsere Hochachtung vor den mutigen Aktiven des 17. Juni zum Ausdruck! 

### Zusätzlicher Feiertag für Berlin

Der Regierende Bürgermeister Berlins, Michael Müller, hat gegenüber der Zeitung Die Welt einen zusätzlichen Feiertag in Aussicht gestellt. „Die Frage ist nicht so sehr, ob wir einen solchen Feiertag bekommen, sondern eher, welchen“ äußerte Müller. „Es muß ein Tag sein, der eine politische Relevanz in unserer Geschichte hat.“

Die UOKG plädiert für den 17. Juni, den Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR. Am 17. Juni 1953 lehnte sich die Bevölkerung in Berlin und an vielen anderen Orten in der DDR gegen die Unterdrückung der SED-Diktatur auf, mit dem Verlangen nach Freiheit. Der Aufstand wurde durch die Sowjetarmee blutig niedergeschlagen. Viele Demonstranten starben.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG):

„Nur mit russischen Panzern konnten die massiven Demonstrationen der Bevölkerung gegen die SED-Diktatur niedergeschlagen werden. Diesen mutigen Männern und Frauen gebührt ein staatliches Gedenken.“ 

### Gedenken anlässlich des Volksaufstandes von 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

wir laden Euch ganz herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung am Sonntag, dem **17. Juni 2018, 11.00 Uhr**, in der Parkanlage gegenüber dem Landgericht (Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz) ein.

Bestimmt findet sich an diesem denkwürdigen Tag auch Zeit für einen Besuch des im April 2017 eröffneten Gedenkortes an der Außenmauer des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses in der Kaßbergstraße 17.

In der Zeit von 9.00 bis 10.30 Uhr besteht dank des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis e.V. die Möglichkeit, an einer Führung durch das ehemalige Kaßberg-Gefängnis teilzunehmen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf beste Gesundheit.

Der Vorstand der  
VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

### Aufruf zum Gedenken

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

auch in diesem Jahr wollen wir wieder des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedenken. Am Sonntag, dem 17. Juni 2018, um 9.30 Uhr findet die Gedenkfeier der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft in Berlin-Charlottenburg, am Steinplatz, statt. Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren.

Redner u.a.: Reinhard Naumann, Bürgermeister Wilmersdorf/Charl., Judith Stückler, stellv. Vorsteherin BVV Wilmersdorf-Charl. (angefr.), Kai Wegner, Bundestagsabgeordneter der CDU (angefr.), Joachim Krüger, Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen nach 45 (angefr.)

Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Der Bundesvorstand

## Petition zum Thema Rentenrecht

*Die UOKG hat gemeinsam mit der VOS und der IEDF eine Petition beim 19. Deutschen Bundestag eingereicht. Die Petition richtet sich gegen die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR. Die gesamte Petition, mit Anlagen, ist einzusehen auf [www.uokg.de/petition-zum-thema-rentenrecht](http://www.uokg.de/petition-zum-thema-rentenrecht).*

**Beschwerde im Sinne der Verfahrensgrundsätze des Petitionsausschusses, Stand 15.01.2014, Pkt. 2.1 (3). Die Beschwerde richtet sich gegen das Handeln i.V. mit dem fortgesetzten Unterlassen staatlicher Organe (Bundesregierung, Rentenversicherung).**

Vor dem Hintergrund, daß es sich bei der Beschwerde um eine Angelegenheit handelt, von der die Gesamtheit der deutsch-deutschen Flüchtlinge betroffen ist, wird es für sachgerecht gehalten, diese Beschwerde als „Öffentliche Petition“ im Sinne der Verfahrensgrundsätze Pkt. 2.2 (4) zu handhaben.

Die erste bundeseinheitliche Regelung zur Bewertung von Rentenansprüchen und -Anwartschaften, die bei einem Versicherungsträger außerhalb des Bundesgebietes erworben worden waren, war das Fremdrenten- und Auslandsrentengesetz (FAG) vom 07. August 1953. Dieser Regelung lag das Prinzip der Entschädigung in Form des Eintretens für eine fremde Schuld zugrunde.<sup>1</sup> Ein Umschwung in der sozialpolitischen Grundkonzeption trat ein, als sich der Gedanke der Solidarität der Generationen füreinander durchsetzte, d.h. die gegenwärtige Generation von Beitragszahlern die Mittel für die

derzeit lebende Generation aufzubringen hat.<sup>1</sup>

An Stelle des Entschädigungsprinzips trat damit das Eingliederungsprinzip, das im Gesetz zur Neuregelung des Fremdrenten- und Auslandsrentenrechts (FANG) vom 25. Februar 1960 seinen Niederschlag fand. Sozial- und auch gesellschaftspolitisches Ziel der Rente nach dem Grundsatz der Solidarität der Generationen ist u.a., daß der während des aktiven Arbeitslebens erarbeitete Lebensstandard auch für die Dauer des Rentenbezuges erhalten bleiben soll. Die gerechte Lösung lag somit nur darin, die Ansprüche und Anwartschaften ... nach den Löhnen und Gehältern vergleichbarer einheimischer Versicherter zu bemessen. Das Fremdrentengesetz (FRG), das seit drei Jahrzehnten die Ansprüche und Anwartschaften ... der Übersiedler aus der DDR regelt, hat sich im Prinzip bewährt. Allerdings hat sich inzwischen ein gewisser Reformbedarf ergeben. Dieser ist im Rahmen des Rentenreformgesetzes 1992 (RRG '92) umgesetzt worden.<sup>1</sup>

Nach der Grenzöffnung mußte das Fremdrentenrecht den geänderten Bedingungen angepaßt werden. Es war notwendig, eine Abgrenzung zu treffen zwischen Ansprüchen, die jeweils gegenüber einem Versicherungsträger in dem einen oder andern Staatsgebiet bestanden. Personen, die nach der Grenzöffnung aus dem einen in das andere Staatsgebiet wechselten, hatten in ihrem „alten“ Staatsgebiet jeweils noch ein gültiges Rentenkonto. Das führte zu der unhaltbaren Situation, daß bei einem Wohnortwechsel von Ost nach West Ansprüche gegenüber der Rentenversicherung der DDR weiter bestanden und zusätzlich unter Berufung auf das FRG auch gegenüber der BfA oder einer LVA geltend gemacht werden konnten.

Mit dem Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 und dem daraus resultierenden Gesetz (WWSU) wurden die in dem jeweiligen Gebiet bestehenden Ansprüche fixiert. Es wurde für die Renten das Exportprinzip eingeführt, d.h. die bisherigen Versicherungsträger zahlten bei Wohnortwechsel die Renten in das jeweils andere Gebiet.

Im Gesetz zum Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 (Bundestagsdrucksache 11/7171, S.39) heißt es: „Für Übersiedler, die nach dem 18. Mai 1990 – und damit nach dem Beginn des Transfers von Renten-

leistungen aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik Deutschland – hier ihren gewöhnlichen Aufenthalt nehmen, soll deshalb das Fremdrentenrecht keine Anwendung mehr finden. Sie sollen im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) dieselbe Rente erhalten wie in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost), und zwar von demselben Versicherungsträger, von dem sie bisher ihre Rente erhalten haben.“

Hinsichtlich der Flüchtlinge bzw. Übersiedler wurde eine klare Trennung vollzogen zwischen einerseits den Versicherten mit ostdeutschen Versicherungszeiten, die bis zu diesem Stichtag ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet genommen haben und denen, die ihren ständigen Wohnsitz in der DDR, also den späteren neuen Bundesländern, behielten. Andererseits gilt auch, daß bei einem Wohnortwechsel von West nach Ost, der zunehmend an Bedeutung gewann, die im Bundesgebiet bestehenden Ansprüche in das Beitrittsgebiet gezahlt wurden.

Im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses wurden die Festlegungen der WWSU zu den in den beiden Staaten bestehenden Rentenansprüchen, d.h. auch bezüglich der Altübersiedler zu ihrer bereits erfolgten Eingliederung nach FRG, weder im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (EV), noch im entsprechenden Gesetz vom 23. September 1990 oder durch Änderung des Gesetzes zur WWSU verändert.

Die Bundesregierung beschreibt in ihren Erläuterungen zum Einigungsvertrag (Unterrichtung durch die Bundesregierung, BT-DS 11/7817) vom 10. September 1990, daß das RRG '92 auf das Beitrittsgebiet übergeleitet wird und dort wie im bisherigen Bundesgebiet am 01. Januar 1992 in Kraft treten soll.

Auf S. 152–153 heißt es:

„Zu Sachgebiet H (Gesetzliche Rentenversicherung), Zu Abschnitt III

Mit dem Einigungsvertrag wird die im Staatsvertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Deutschen Demokratischen Republik vereinbarte Angleichung ihres Rentenrechts an das Rentenversicherungsrecht der Bundesrepublik Deutschland in die Wege geleitet. Es wird vorgesehen,

### Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Gmünder Tagespost ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).



daß vom 1. Januar 1992 an – von dem Zeitpunkt also, von dem an auch in der Bundesrepublik Deutschland das neue Rentenrecht des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch gilt – dieses neue Rentenrecht im geeinten Deutschland Geltung haben soll.“

Damit bleibt auch das Fremdretenrecht, bezogen auf die Altübersiedler, nach den Maßgaben des EV, zweifelsfrei in seiner vom RRG '92 modifizierten Form unverändert gültig. Bei Wohnungswechsel aus dem einen in das andere Gebiet bleibt die jeweilige Rente bzw. -Anwartschaft erhalten und es erfolgt ein Export aus dem einen in das andere Gebiet. Somit unterfallen Bundesbürger mit DDR-Erwerbszeiten, die bis zum 18. Mai 1990 ihren ständigen Wohnsitz in die Bundesrepublik verlegt haben, auch gemäß Einigungsvertrag weiterhin dem FRG.

Die Umstellung der DDR-Bestandsrenten und -Neuzugänge führte bei den Rentenversicherungsträgern zu einer enormen Belastung. Darüber hinaus war der gem. EV Art. 30 (5) festgelegte Vertrauensschutz für Versicherte, die im Beitrittsgebiet noch ein gültiges Rentenkonto hatten (weil sie nach dem 09. November 1989 ohne sich im Osten abgemeldet zu haben in den Westen gegangen sind) gem. RÜG nur bis zum 31.12.1995 geregelt. Dieser Regelungsbedarf wurde mit dem Rü-ErgG vom 24. Juni 1993 (BGBl I, S. 1038), gültig ab 01.01.1992 erfüllt. Dabei wurde der § 259a SGB VI vom Rentenzugangstermin auf den Geburtstermin vor 1937 umgestellt. Nach 1993, meist erst ab 1996, wurden die Ansprüche nach FRG für nach 1936 geborene Übersiedler unter mißbräuchlicher Berufung auf die Änderung des § 259a SGB VI im Rahmen des Rü-ErgG vom 24. Juni 1993 (BGBl. I S. 1038) annulliert.

In dem Gesetzentwurf zum Rü-ErgG (BT- Drucksache 12/4810, S. 20) heißt es jedoch: **„Die Regelungen bewirken nicht eine Änderung des materiellen Rechts.“**

Im Kasseler Kommentar<sup>2</sup>, dem Standardwerk der Sozialliteratur, heißt es deshalb hierzu: „Die Versicherten werden unverändert so behandelt, als wären sie ehem. Übersiedler, die für die Bewertung ihrer Beitragszeiten im Beitrittsgebiet auf die

Anwendung des FRG idF bis 30.6.1990 vertraut haben.“

Damit wird nach allen im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses vorgenommenen Rechtsangleichungen und -änderungen das Fortbestehen der bereits erfolgten Eingliederung der früheren DDR-Flüchtlinge und Übersiedler als selbstverständlich vorausgesetzt. Auch aus rechtssystematischen Erwägungen heraus kann die Änderung des § 259a SGB VI durch das Rü-ErgG grundsätzlich nicht zu einer Ausweitung des Geltungsrahmens des § 256a SGB VI geführt haben.

Der § 259a stellt eine Sonderregelung zum § 256a dar. Letztgenannter bezieht sich unstrittig i.d.F. des RÜG vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606) allein auf Inhaber eines gültigen Rentenkontos im Beitrittsgebiet, also nicht auf bereits früher in das Bundesgebiet integrierte ehemalige DDR-Bürger (DDR-Altübersiedler). Spätere Modifizierungen des § 256a bezogen sich nicht auf Flüchtlinge bzw. Übersiedler. Somit kann eine Änderung des § 259a (Umstellung vom Renteneintrittsdatum auf das Geburtsjahr der Versicherten) im Zuge des Rü-ErgG nicht zu einer Ausweitung des Geltungsrahmens des § 256a auf alle jemals in der früheren DDR zurückgelegte Versicherungszeiten, also auch auf bereits durch Ausreise erloschene, geführt haben. Der Vertrauensschutz gem. § 259a SGB VI ist also nach wie vor nur für Versicherte vorgesehen, die bis zum 18. Mai 1990 noch ein gültiges Rentenkonto in der damaligen DDR hatten. Für DDR-Altübersiedler ist ein derartiger Vertrauensschutz nicht notwendig, da sie nicht unter die Regelungsabsicht des § 256a SGB VI fallen. Für sie gilt auch nach der Änderung des § 259a SGB VI unverändert das FRG gem. den Festlegungen des 1. Staatsvertrages vom 18. Mai 1990.

Auch eine teleologische Betrachtung des § 259a SGBVI führt zu dem Ergebnis, daß seine Regelungsabsicht vor und nach dem Rü-ErgG allein darin besteht, das gemäß Art. 30(5) EV bestehende Postulat umzusetzen, wonach es mit der Überleitung des SGB VI auf das Beitrittsgebiet zu keiner Rentenminderung kommen solle. [...]

Es ist nirgends auch nur eine Andeutung für eine politische, sozialpolitische oder

*Niemand würde sich an den „Guten Samariter“ erinnern, wenn er nur gute Absichten gehabt hätte.  
Er hatte auch Geld.  
Margaret Thatcher*

Auch der Stacheldraht bezahlt die Druckerei nicht mit guten Absichten.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

verwaltungstechnische Absicht zu einem Paradigmenwechsel erkennbar dergestalt, daß die laut regierungsamtlicher Aussage (1990)<sup>1</sup> seit 30 Jahren bewährte Anwendung des Eingliederungsprinzips für DDR-Flüchtlinge und Übersiedler aufgehoben werden solle.

Das Bundesverfassungsgericht hat es abgelehnt, in dieser Sache inhaltlich zu entscheiden. **Wir fordern deshalb, die Bundesregierung zu veranlassen, durch sachgerechte Maßnahmen sicherzustellen, daß die aus den beiden Staatsverträgen zwischen der Bundesrepublik und der DDR dem Grund nach sich ergebenden Ansprüche auf Rentenanwartschaften für die bis zum 18.05.1990 in das damalige Bundesgebiet übersiedelten früheren DDR-Altübersiedler erfüllt werden.** Da es sich, wie es ein namhafter Rechtswissenschaftler einmal formuliert hat<sup>3</sup>, um ein evidentes Rechtsstaatsproblem handelt, ist es zwingend erforderlich, diese Petition federführend vom Rechtsausschuß bearbeiten zu lassen.

(Die Petenten bemühen sich z.Z. darum, daß der Petition, Nr. Pet 3-19-11-99999-005587, die Eigenschaft „Öffentliche Petition“ erteilt wird.)

1 Nach Wilhelm Schmidtbauer: Das neue Fremdretenrecht – Wichtig für alle Aussiedler und Übersiedler aus der DDR, Leitfadenerlag Sudholt 1990 (zusammengestellt ausschließlich aus regierungsamtlichen Dokumenten)

2 KassKomm/Körner SGB VI § 259a (88. EL Dezember 2015)

3 Brief von Prof. Dr. Rupert Scholz vom 18. August 2011 an den Vorstand der IEDF

## Die Zäsur von Trier

Nun steht der „Götze Marx“ im Zentrum von Trier und verschandelt diese bisher so schöne, historische Stadt. Aber gleichzeitig ist auch etwas zerbrochen, die Hoffnung, es gäbe noch einen Rest von antitotalitärem Konsens der Parteien in Deutschland. Nein, sie haben sich völlig in die Hand der Linksideologen begeben und vollzogen eine Einheitsfront mit der verbrecherischen Kommunistischen Partei Chinas, die ca. 37 Millionen Menschen in ihrer Geschichte ermordete.

Es war gespenstisch und pervers, als am 4. Mai 2018 am Altar der evangelischen Konstantin-Basilika das Plakat „200 Jahre Karl Marx“ hing und darüber das Kreuz. So ähnlich war es auch 1983, als Erich Honecker die evangelischen Bischöfe aus Ost und West zum „Luther Jubiläum“ empfing, während evangelische und katholische Christen in der SED-Diktatur politisch inhaftiert waren. Übrigens besuchte der DDR-Diktator 1987 auch das „Karl-Marx-Haus“ in Trier, und die Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung ist ganz stolz, daß sein Eintrag im Gästebuch bis heute noch vorhanden ist.

Die Harmonie der SPD-Politiker mit den chinesischen Funktionären, Vertretern

von CDU, FDP, Grünen, Linkspartei und dem Kardinal Ackermann, der ebenso wenig Berührungspunkte zur KP Chinas hatte wie der evangelische Superintendent, währte in der Basilika allerdings nicht lange. Ein ehemaliger politischer DDR-Häftling hatte es trotz aller Absperrungen geschafft, wenigstens mit wenigen Sätzen seinen Protest gegen die Aufstellung des Marx-Götzen zu äußern. Mit brutaler Gewalt wurde er von mehreren Sicherheitsleuten aus der Basilika entfernt. Besonders zynisch war dazu der Kommentar der Ministerpräsidentin Dreyer, man hätte eben in Deutschland Meinungsfreiheit. Was

ist das für eine Meinungsfreiheit, wenn der Protestierer nicht wenigstens mit ein paar Sätzen erklären darf, worum es ihm geht? Doch die „Obere Festgesellschaft“ wollte eben ungestört ihren Coup feiern.

Übrigens war Jean-Claude Juncker aus Luxemburg als Festredner geladen, der wie alle Festredner immer wieder betonte, man könne Marx nicht für die Verbrechen der kommunistischen Diktaturen verantwortlich machen. Die alte Leier: Links ist gut, rechts ist schlecht, wobei natürlich die Linksideologen entscheiden, wer rechts ist. Nach dieser mehr als peinlichen Selbstbeweihräucherung gab es noch eine wirklich interessante öffentliche Veranstaltung im Best Western Hotel, Hauptredner war der ehemalige tschechische Präsident Professor Václav Klaus. Er stellte fest, daß Marx als Ökonom völlig überschätzt und heute in der Wissenschaft längst obsolet ist. Verantwortet wurde dieser Abend von der AfD-Fraktion, mit Abgeordneten aus der Stadt, dem Landtag und dem Bundestag.

Am nächsten Tag war auffällig, daß die chinesischen KP-Funktionäre fluchtartig abdrehen, wenn sie kritische Transparente sahen oder plötzlich einen der vielen Falun-Gong-Stände bemerkten. Auch Ministerpräsidentin Dreyer oder die CDU-Politikerin Klöckner kamen nicht zu den Falun-Gong-Vertretern oder sprachen wenigstens einen kritischen Satz über die

Menschenrechtssituation in der „Volksrepublik“ China. Ebenso schienen deutsche Fernseherteams kein Interesse daran zu haben, kritische Bürger zu befragen, doch taten dies wenigstens japanische TV-Journalisten, die an vielen Stellen Fragen stellten und Bilder vom Protest aufnahmen.

Als die Hüllen der Statue gefallen waren, gab es Protestrufe mit massiver Lautstärke, doch erstaunlicherweise hörte man am



Protestplakat.

Abend in der Tagesschau davon keinen Ton! So wird deutlich, warum Deutschland bei der Bewertung der Pressefreiheit einen blamablen 16. Platz belegt.

Wie groß die Toleranz von Marxisten ist, mußte der Demonstrant erfahren, der mit einem Plakat gegen die Massenmorde in China vor dem Marx-Museum stand. Ein Mann beschimpfte ihn und riß ihm dann das Plakat aus der Hand, um es zu zerstören. Die herbeigerufene Polizei sprach einen Platzverweis aus, doch nicht für den Täter, sondern für den Demonstranten, mit der Begründung, er hätte „provokiert“. Der Demonstrant wurde beauftragt, bis um Mitternacht keinen Ort zu betreten, an dem „Marx-Feiern“ stattfinden. Da gab es doch mal ein Zitat von Bärbel Bohley über Gerechtigkeit und Recht...

Am Sonntag vormittag las dann ein Mann an dem „Ort der Schande“, wie ein Trierer den Standort des Marx-Götzen laut bezeichnete, aus dem Buch „Erschossen in Moskau“ Namen und biographische Angaben vor. Auch dabei kam es wieder zu Drohungen bei dem Versuch, diese Lesung zu verhindern. Die Zäsur von Trier ist der endgültige Abschied der SPD vom antitotalitären Konsens. Nun schützt sie Marx in Trier, Lenin in Schwerin, Pieck in Guben und Engels in Wuppertal, doch die Verfolgten des Kommunismus schützt sie nicht mehr.



Fotos: Odenthal

Verschandelt die schöne historische Stadt...

Anton Odenthal

## Das Ende der polnischen Deutschland-Spionage

Am 9. April 2006 hielt Robert Nowak, damaliger Leiter des Büros des polnischen Ministerpräsidenten, in Tutzing vor internationalem Publikum einen Vortrag über „Polen und den Bundesnachrichtendienst im Kalten Krieg“.

Tatsache ist, bereits zwischen den beiden Weltkriegen löste die größte Spionageaffäre in Deutschland der polnische Rittmeister Jerzy Sosnowski aus, der sieben Jahre lang bei einem Gesamt-Lohn von einer Million Reichsmark den Aufbau der Reichswehr und gerade auch deren geheime Aufmarschpläne auskundschaftete. Gegen zwei seiner Helferinnen ergingen 1935 Todesurteile, er selber wurde ein Jahr später ausgetauscht. Warschau indes hielt die Aufmarschpläne für „Spielmaterial“ und verurteilte seinen eigenen, wirklich besten Spion zu 15 Jahren Zuchthaus. 1939 fiel er in Ost-Polen in sowjetische Hände, 1942 starb er in einem Gefangenenlager bei Saratow in der Sowjetunion. Nach 1945 setzte Polen seine Spionage gegen Westdeutschland fort.

Davon berichtete der Vortragende nicht. Die polnischen Geheimdienste („SB“ als allgemeiner Nachrichtendienst, „Z II“ speziell für Militärspionage) hätten damals sowohl aus Juden als auch Antisemiten, Altkommunisten und reinen Apparatschiks bestanden und mehrere führende Personen hätten in Wahrheit für die CIA gearbeitet. Dem deutschen BND warf er vor, durch bestimmte Sendungen der Deutschen Welle und des Deutschlandfunks politischen Einfluß auf sein Land genommen zu haben – wobei er westliche Meinungsfreiheit wohl stets als „Attacken des Klassenfeindes“ gegen Polen wertete.

Er ging dann direkt auf eine dreiteilige Sendung des Deutschlandfunks Ende 1988 oder Anfang 1989 ein, die sehr detailliert die polnische Spionage in der Bundesrepublik bloßgestellt hatte. In Warschau habe nach der Ausstrahlung der Eindruck geherrscht: „Die Deutschen wissen eigentlich alles.“ Ihre eigene Tätigkeit sei „sinnlos“ geworden. Desillusioniert und zermürbt stellten kurz danach beide Geheimdienste faktisch die gesamte Spionage gegen (West-)Deutschland ein, wie der Redner nahezu wörtlich zugab.

Der Verfasser der Sendung schien ein polnischer Patriot zu sein, dessen Insider-Wissen auf sehr gute Verbindungen so-

wohl zum SB als auch zu Z II schließen ließ. Jedenfalls schilderte er in allen Einzelheiten die polnische Botschaft in Köln, in deren erster Etage die Spionageführer recht prunkvoll lebten. Rund 70 Prozent der Botschaftsangehörigen ständen direkt oder doch mittelbar im Dienst der Spionage gegen das Gastland. In der polnischen Militärmission in West-Berlin seien 13 Spione Warschaus enttarnt worden sowie zwei in der Niederlassung der Fluggesellschaft „Lot“. Im Sender Freies Europa in München befänden sich drei geheime Helfershelfer, die bekannt seien.

Groß wurde in der Sendung die Festnahme eines Angehörigen des Militärischen Dienstes dargelegt. Manche Fehler durch unprofessionelles Vorgehen oder Leichtsinns hätten vermieden werden können. Es wurde die Frage gestellt, ob Warschau die volle Wahrheit darüber mitgeteilt worden sei. Andererseits führe die oft so genaue Kenntnis der Deutschen zwangsläufig zu der auch in der Botschaft nicht unberechtigten Sorge, daß nach allen Erfahrungen manche Kundschafter und vielleicht sogar eigene Mitarbeiter von westlichen Nachrichtendiensten „umgedreht“ wären und in deren Sold stünden.

Im Gegensatz zum bisherigen Inhalt der Sendung war das Folgende bewußt unwahr und erwies sich – wie der Erfolg zeigte – als gefährlich verlockend: Man munkelte im Spionage-Milieu, so war weiter zu hören, der deutsche Verfassungsschutz garantiere jedem Überläufer der Spionage des Warschauer Paktes die deutsche Staatsangehörigkeit, gegen Verfolgungen einen Identitätswechsel mit neuen Personalien sowie eine gute Altersversorgung. Danach müsse sich jeder von ihnen gut überlegen, ob er sein weiteres

Leben im tristen Polen unter sowjetischer Knute verbringen wolle oder im freien Westen mit all seinen Annehmlichkeiten.

Zu befürchten wäre bei den Meldungen an Warschau über erfolgte Militärspionage in der Bundesrepublik, fuhr der Verfasser fort, daß manches übertrieben sei. Schon ein genaues Auswerten der Bundeswehr-Publikationen ergebe etliche Erkenntnisse. Jede Sorge Warschaus vor einem Kriegsüberfall Bonns sei grundlos, weil schon die Klassenbrüder in der DDR mit ihren gut bewaffneten Streitkräften dies verhinderten. Die Wirtschaftsspionage könne größere Erfolge erzielen, doch Bestechungen erforderten viel Geld, das man in dem nötigen Umfang nicht habe.

Manche westdeutschen Politiker und Wirtschaftsbesitzer sowie gerade Anhänger des „Kreisauer Kreises“ vom Widerstand gegen Hitler wollten ehrlich eine wahre Aussöhnung mit dem polnischen Volk, würden aber immer wieder von den Spionageaffären zurückgestoßen. Nach dem vorsichtigen Vortasten der Parteilührung in der befreundeten Sowjetunion gegenüber Bonn – gute ökonomische Beziehungen seien letztlich für den Staat wichtiger als alle Spionage – sei auch für Polen ein Überdenken erforderlich.

Der anwesende Verfasser, ein äußerlich biederer Deutscher, war von dem selbst für ihn unerwarteten Erfolg völlig überrascht, gab sich äußerlich aber eher gelangweilt, und auch sein Beifall nach dem Vortrag des hohen Gastes aus Warschau war nur mäßig. So ist noch heute, nach weiteren zwölf Jahren, sein Name in Ost und West unbekannt...

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Villa Lindenallee 7 in Köln-Marienburg, 1980–1999 Sitz der polnischen Botschaft.

## Instrumentalisierung einer nationalen Minderheit

Seit der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts siedeln die Sorben – eine von den Deutschen auch Wenden genannte westslawische Ethnie – in der Ober- und Niederlausitz. Heute leben circa zwei Drittel des sorbischen Volkes in der sächsischen Oberlausitz; ein Großteil von ihnen im Dreieck zwischen Bautzen, Hoyerswerda und Kamenz. Die Geschichte der Sorben ist untrennbar mit der Geschichte des Freistaates verwoben. Die Phase des real existierenden Sozialismus war dabei eine besonders schwierige. Auf den ersten Blick mag ein solches Postulat verwundern, gilt doch als allgemein bekannt, daß das SED-Regime die Sorben als Vorzeigeminderheit in der Verfassung schützte und ihnen Sonderrechte wie Unterricht in sorbischer Sprache sowie eigene Institutionen zugestand.

Mit dieser positivistischen und zugleich verunglimpfenden Verallgemeinerung hat der Historiker und Sorabistik-Experte Dr. Timo Meškank in den zurückliegenden Jahren mit zwei profunden wissenschaftlichen Publikationen gehörig aufgeräumt. In seinem 2014 erschienenen Werk „Instrumentalisierung einer Kultur: Zur Situation bei den Sorben 1948–1989“ beschreibt er minutiös das Spannungsverhältnis zwischen den nationalen Bedürfnissen der Sorben und den ideologischen Zwängen der SED-Diktatur. So wurden die Sorben zwar als Minderheit offiziell gefördert, aber die mit Kommunisten besetzte Domowina – zentrale Interessenvertretung der slawischen Ethnie – hatte vor allem die Aufgabe, sämtliche Aktivitäten der Sorben zu überwachen und gegebenenfalls zu unterdrücken. Die Domowina fungierte als Transmissionsriemen der SED im sorbischen Gebiet. Für Meškank ist das paradox anmutende Ziel der SED nach seinen Recherchen klar. Die sorbische Minderheit sollte als Lieferant prestigeträchtiger Folklore gefördert werden, während ihre Autonomieansprüche zu verwehren und ihre nationale Diskussionskultur einzuebren waren. Walter Ulbricht selbst verlangte, daß sich die Sorben in die „sozialistische Menschengemeinschaft“ fügen sollten.

In Meškanks 2016 herausgegebenem Buch „Sorben im Blick der Staatssicherheit“ thematisiert der am Institut für Sorabistik der Universität Leipzig als Privatdozent Lehrende die Überwachung der Sorben durch die Staatssicherheit im De-

tail. Meškank beschreibt, welche Wege die sorbische Literatur nach 1945 eingeschlagen hat, wie andersdenkende und von der kulturpolitischen Doktrin abweichende Autoren bloßgestellt, observiert und aus der sorbischen Öffentlichkeit ausgeschlossen wurden, und welche Rolle die Domowina und andere Institutionen dabei spielten.

Die Annahme, daß die Sorben in der DDR als Vorzeigeminderheit bevorzugt gefördert wurden und sich deshalb wider-



Sorbische Festtagstracht aus dem Spreewald.

standslos ins System einfügten, stellt sich nach der Lektüre von Meškanks Œuvre als falsch heraus. Im Mikrokosmos der Sorben wird das ganze Potential der von Partei und Staatssicherheit ausgehenden Machtpolitik erkennbar. Die 40 Jahre SED-Diktatur waren für das sorbische Volk verheerend, wie Meškank beschreibt: „In keiner Epoche der Geschichte ist die Assimilation bzw. Germanisierung des sorbischen Volkes so nachhaltig fortgeschritten wie in der Zeit der kommunistischen Diktatur.“ Und tatsächlich lassen sich die Folgen der Zwangskollektivierung, die Zerstörung der ländlich strukturierten Lebensweise der Sorben und der Assimilierungsdruck des DDR-Sozialismus quantifizieren. Lebten 1956 rund 81 000 Sorben zwischen Elbe und Oder, so waren es Anfang der 90er Jahre noch rund 48 000.

Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur förderte dieses Kapitels deutscher Geschichte von Anbeginn. Am 22. Mai 2018 hat der Landesbeauftragte in Radibor erstmals eine Bürgersprechstunde zu Fragen der Rehabilitation von SED-Unrecht in Sorbisch angeboten. Gemeinsam mit Dr. Meškank hat Lutz Rathenow zu den Möglichkeiten

strafrechtlicher, beruflicher und verwaltungsrechtlicher Rehabilitation von SED-Unrecht beraten.

Ziel der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze ist es, auch den sorbischen Opfern der SED-Diktatur einen Weg zu eröffnen, die rechtsstaatswidrige Verurteilung aus dem Strafregister zu entfernen, sich vom Makel persönlicher Diskriminierung zu befreien, fortwirkendes Unrecht aufzuheben und soziale Ausgleichleistungen in Anspruch zu nehmen.

Maximilian Heidrich

## Ablehnung nach zwei Jahren

Fast zwei Jahre brauchte das Kreisarchiv Märkisch-Oderland für eine Ablehnung eines Gesuches auf Akteneinsicht. „Eine von Ihnen gewünschte Einsicht in die Akte wäre allerdings erst im Jahr 2031 möglich, da hier weitere Personen erwähnt sind, deren personenschutzrechtlichen Belange erst 60 Jahre nach Schließung der Akte aufgehoben werden können“, teilte das Amt mit. Der Sprecher des Vereins Kindergefängnis Bad Freienwalde, Roland Herrmann, nannte es ein „skandalöses Verhalten“. Man bekomme den Eindruck, der Personenschutz stehe über dem Todesfall eines Jugendlichen, so Herrmann. Ein Verwandter des in Haft verstorbenen Jugendlichen Egon Hönicke wandte sich bereits am 15. Dezember 2016 an das Amt. Warum dieses so lange mit der Ablehnung zögerte, ist unklar.

„Selbst wenn die Behörde sich im Recht meint, so kann man mit Menschen nicht umgehen. Es ist ein Jugendlicher unter unklaren Umständen zu Tode gekommen. Kein Jugendlicher stirbt einfach nur so. Ob es Mord, Totschlag oder sträfliches Versagen der Aufsichtspflicht war, ist nicht bekannt. Es kann nicht sein, daß die möglichen Täter immer noch unbehelligt sind“, sagte Roland Herrmann. Ungereimtheiten gibt es im Fall Egon Hönicke mehr als genug. Warum bezahlte die DDR-Polizei schnell und unbürokratisch den Grabstein? Warum wurde den Eltern keine Auskunft über die Umstände des Todes ihres noch minderjährigen Sohnes während der Haft gegeben? Und warum wird heutzutage der Wohnort von Egon Hönicke in Hennickendorf als Todesort angegeben, wenn auf der Sterbeurkunde Bad Freienwalde steht? Der Verein will nun eine Strafanzeige gegen Unbekannt prüfen, um Ermittlungen im Fall Hönicke in Gang zu setzen. „Der

Rechtsstaat hat die Pflicht und Schuldigkeit, in diesem Fall zu ermitteln“, meinte Herrmann.

Der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ spricht sich für eine Untersuchungskommission des Landes Brandenburg zur Klärung der Todesfälle von Kindern und Jugendlichen im ehemaligen DDR-Durchgangsheim aus. Ein entsprechendes Gesuch wurde bereits am 22. März 2018 in der Brandenburger Staatskanzlei an Ministerpräsident Dietmar Woidke übergeben. Neben Hönicke sind dem Aufarbeitungsverein mindestens zwei weitere Todesfälle bekannt. Die Landtagsabgeordnete Heide Schinowsky sicherte dem Verein zu, sich für eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Todesfälle einzusetzen.

Verein Kindergefängnis Bad Freienwalde

## Studie zum sexuellen Mißbrauch in der DDR

Am 12. April 2018 stellten in Berlin Historiker Dr. Christian Sachse, Volljurist Benjamin Baumgart und Diplom-Psychologin Stefanie Knorr ihre Studie zum sexuellen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen in der DDR vor. Moderiert wurde die gut besuchte Veranstaltung von Dr. Christian Booß vom BStU.

Sexueller Mißbrauch wurde in der DDR nicht thematisiert, weil er nicht ins Idealbild des sozialistischen Staates paßte. Eine Strafverfolgung fand zwar statt, allerdings waren die Ermittlungsbeamten nicht entsprechend geschult.

Abschnittsbevollmächtigte (ABV) konnten ihre Stellung ausnutzen und ohne großes Aufsehen Informationen über potentielle Mißbrauchsoffer erhalten. Diplom-Psychologin Knorr stellte fest, daß das Grundproblem der Täter nicht angegangen, sondern die kollektive Kontrolle für ausreichend erachtet wurde. Die Leidtragenden waren vor allem Kinder, die aufgrund des Mißbrauchs Verhaltensauffälligkeiten zeigten. Die Folge war oft, daß die Betroffenen in Spezialkinderheimen kamen, wo sie erneut sexueller Gewalt ausgesetzt waren. Fortgesetzter Mißbrauch war daher DDR-spezifisch. Die Entschädigung von Opfern sexueller Gewalt gestaltete sich schwierig, so Jurist Baumgart. Vom Opferentschädigungsgesetz sei sie nur in Härtefällen vorgesehen.

Bislang gab es keine repräsentativen und wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse



(v.l.): Dr. Christian Sachse, Benjamin Baumgart, Stefanie Knorr und Dr. Christian Booß.

zur Thematik des sexuellen Mißbrauchs in der DDR. Die Quellenlage für die von der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmißbrauchs in Auftrag gegebene Expertise war entsprechend herausfordernd. Dies gilt um so mehr, als die Studie unter sehr begrenzten zeitlichen und finanziellen Bedingungen entstand. Gleichwohl haben die Autoren es geschafft, einen fundierten Überblick zum sexuellen Mißbrauch in der DDR zu geben und damit den Grundstein für weitere Forschung gelegt. Diese ist auch unbedingt erforderlich, denn, wie Dr. Sachse konstatierte, es bestehen mehr Fragen als Antworten.

Martina Kegel

## Zeitgeschichte als Krimi

Als Raubmord sollte die Aktion getarnt werden. Der ehemalige DDR-Grenzer sollte im (West-)Berliner Bezirk Zehlendorf erschlagen werden. Ob man dafür einen 500g-Hammer oder einen schwereren braucht, diese Entscheidung oblag den Spezialisten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Rudi Thurow ist mehreren Entführungsversuchen entgangen, und auch der erwähnte Mordanschlag fand nicht seine Vollendung. Thurow fühlte sich von den Amerikanern geschützt, denn er wurde jeweils informiert über die bevorstehende Gefahr.

Somit konnte er im Jahre 2018 in einem Schulprojekt als Zeitzeuge zur Verfügung stehen. Eine zehnte Klasse der Gemeinschaftsschule Kiel-Hassee und Schülerinnen des Berliner Friedrich-Ebert-Gymnasiums befragten ihn im Stasimuseum in Berlin-Lichtenberg. Rudi Thurow schilderte seinen Lebensweg vom Anhänger der DDR bis zum erbitterten Gegner des SED-Regimes. Er war an Fluchhilfe-Aktionen beteiligt, er hielt Vorträge über die Geheimdienste der DDR und er gab Interessenten Auskünfte über die Grenzsicherungsanlagen der DDR.

Damit war er auch lange Zeit nach seinem Überlaufen eine sogenannte Zielperson des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Er sollte in die DDR entführt, er sollte ermordet werden. Interessant auch, daß die Täter vor Ort nicht etwa „James Bonds der DDR“ waren, sondern westliche Berufsvorbereiter, denen die Stasi solche Aufgaben anvertraute.


Die Schüler erfuhren Zeitgeschichte pur. Einer von ihnen äußerte, er hätte noch nie von etwas so Spannendem außerhalb eines Krimis oder Actionfilms gehört. Und die begleitenden Lehrer hatten den Eindruck, daß Thurow ein richtiger Vortragsprofi ist. Die vor dem Gespräch mit Thurow anberaumte Führung von Steffen Leide durch das Stasimuseum versetzte die Schüler in die Lage, qualifizierte Fragen an Rudi Thurow zu stellen. Schüler wie Lehrer dankten den beiden Herren für die Einsichten, die gewonnen werden konnten.

Die Veranstaltung wurde gemeinsam von den beiden Schulen und dem Stasimuseum Berlin durchgeführt.

Bernd Lippmann

## Neue Dauerausstellung

(sbg)Die neue Dauerausstellung „Auf dem Görden. Die Strafanstalt Brandenburg im Nationalsozialismus (1933–1945) und in der DDR (1949–1990)“ sowie ein Seminarräum befinden sich im ehemaligen Direktorenhaus der Strafanstalt Brandenburg-Görden, das zum historischen Gefängnis-komplex gehört. Mit Fotos, Dokumenten, dreidimensionalen Objekten, Häftlingsbiographien und zahlreichen Medienstationen erzählt die Ausstellung die Geschichte des Strafvollzuges von der Weimarer Republik bis in die Gegenwart, wobei die NS-Zeit und die Zeit der DDR im Zentrum stehen.

Öffnungszeiten: Do–Fr 13.00–17.00 Uhr, Sa–So 10.00–17.00 Uhr 

## 40 000 Briefe

(pemc) Am 24. April wurde die Präsentation der zehn besten Einsendungen beim Wettbewerb der Plattform für europäische Erinnerung und Gewissen für einen Entwurf eines gesamteuropäischen Denkmals der Opfer von Totalitarismus in Brüssel von László Tökés, MEP, vorgestellt.

Ziel des Wettbewerbs war es, das allererste gesamteuropäische Denkmal für alle Opfer von Totalitarismus im 20. Jahrhundert in Europa für den Platz Jean Rey im Herzen des europäischen Bezirks in Brüssel zu entwerfen. Das Denkmal soll außerdem für den Prozeß der europäischen Integration stehen, die möglich ist durch das Lernen aus der Vergangenheit.

Die Vorstellung umfaßte die Entwürfe des Gewinners Tszwai So aus Großbritannien, des zweiten Platzes von Sabina Tanovic und Dario Kristic aus den Niederlanden und des 3. Platzes von Mantas Maziliauskas, Povilas Šorys und Gitana Stankiene aus Litauen. Außerdem wurden die sieben Entwürfe der Plätze vier bis zehn gezeigt. Anwesend waren u.a. Vertreter der tschechischen, litauischen und polnischen Botschaft sowie europäische Parlamentarier.

„Ich glaube fest, daß unser Wettbewerb ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Umsetzung dieses Projektes ist. Und wir werden die Gelegenheit haben, uns in naher Zukunft bei der Einweihung des Denkmals zu treffen“, sagte der Präsident der Plattform, Łukasz Kamiński.

Der Gewinner Tszwai So von Sheron Architects in Großbritannien betonte, daß seine Arbeit nicht fertiggestellt worden wäre ohne die Unterstützung der Institutionen und Einzelpersonen, die auf seine Bitte hin erlaubten, daß er die mindestens 40 000 Briefe von Opfern aus ihren Archiven verwenden durfte.



40000 Briefe von Opfern des Totalitarismus werden auf dem Brüsseler Platz Jean Rey zu sehen sein.

## „Das Leiden der 2. Generation – Die Kinder politisch Verfolgter“

**Filmvorführung mit anschließender Podiumsdiskussion**

13. Juni 2018, 18.30 Uhr

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

„Zeit ohne Eltern“, Dokumentarfilm (60 min.), Regie Celia Rothmund

Podiumsdiskussion mit: Celia Rothmund, Regisseurin, Franziska Kriebisch, Mitwirkende im Film, Tochter politisch verfolgter Eltern, Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Psychologe, Experte zum Thema transgenerationale Weitergabe der Folgen politischer Traumatisierung, Moderation: N.N.

Veranstalter: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) in Kooperation mit d. Stiftung Berliner Mauer; gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Der Eintritt ist frei.

## „Anzahl der Freiheitsgrade“

**Kurzfilm, Deutschland 2018, 20 min**

Filmpremiere und Podiumsgespräch

Veranstaltet in Kooperation von der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig

**6. Juni 2018, 19.00 Uhr**, Kinobar Prager Frühling Leipzig

Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig

Katrin Büchel, Foto- und Filmkünstlerin aus Berlin, mußte in ihrer Jugend mehrere Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe, u.a. den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, durchlaufen. In ihrem Kurzfilm mit 3D-Animation verfremdet sie künstlerisch diese traumatischen Erfahrungen.

Im Anschluß spricht sie als Zeitzeugin über ihre persönlichen Erfahrungen in DDR-Heimen, ihren ungebrochenen Freiheitsdrang und den Versuch, sich auch mit Hilfe der Kunst von der Opferrolle zu befreien. Ingolf Notzke von der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau rundet als Experte für allgemeine Fragen zum DDR-Heimerziehungssystem das Podium ab.

Moderation: Juliane Thieme, Archiv Bürgerbewegung Leipzig

Eintritt frei

## Einladung

**21. Gedenkveranstaltung für die jugendlichen Opfer der sogenannten Werwolftragödie 1945/1946 und weitere Opfer aus Mecklenburg**

In diesem Jahr findet die 21. Gedenkveranstaltung in Malchow statt und ist Bestandteil des 165. Malchower Volksfestes, welches in die Liste der UNESCO als immaterielles Kulturerbe aufgenommen wurde. Es ist notwendig, daß wir an die Verbrechen der Vergangenheit erinnern, denn ein Volk, das sich nicht erinnert, hat keine Zukunft.

Die öffentliche Gedenkveranstaltung für die Opfer der Malchower Werwolftragödie und die anderen jugendlichen Opfer aus Mecklenburg findet am **6. Juli 2018 um 11.45 Uhr** am Gedenkstein in der Gartenstraße 19, vor der ehemaligen Villa Blanck (ehemaliger Sitz der sowjetischen Geheimpolizei) statt.

Folgendes Programm ist vorgesehen:

1. Musikalische Eröffnung durch das Bläserquintett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg
2. Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Malchow, René Putzar
3. Grußworte von Anne Drescher, LStU Mecklenburg-Vorpommern, Alexander Latotzky, Vors. d. Bautzen-Komitees u. Kindheit hinter Stacheldraht e.V., Pfarrer Matthias Taatz, Vorsitzender d. IG Lager Mühlberg, Heidrun Brauer, IG Buchenwald 1945-1950, Vertreter d. IG Jamlitz (angefragt)
4. Musikstück
5. Gedenkrede des CDU-Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, Vincent Kokert
6. Eigenständiger Beitrag von Schülerinnen und Schülern der Fleesensee-Schule Malchow
7. Gebet des Malchower evangelischen Pfarrers Eckard Kändler
8. Kranzniederlegung
9. „Ich hatt einen Kameraden...“, Nationalhymne
10. Einladung der Familie Halbig auf das Gelände der ehemaligen Villa Blanck zu Kaffeetafel und Gesprächen

Horst und Jutta Vau

## „Achtundzwanzig Jahre Berlin mit und ohne Mauer“

### Eine Fotoausstellung der Stiftung Berliner Mauer

(stbm) Der 5. Februar 2018 markierte den Zeitpunkt, an dem die Berliner Mauer genauso lange nicht mehr steht, wie sie die Stadt und die Welt geteilt hat.

In der Ausstellung repräsentiert jeweils ein Bild ein Jahr zwischen 1961 und 2018. Bei den 58 Fotografien handelt es sich zumeist um private, bislang unveröffentlichte Bilder aus dem Sammlungsbestand der Stiftung Berliner Mauer. Die Aufnahmen zeigen ungekannte Perspektiven deutsch-deutscher Identität im Schatten der Mauer. Nicht die politische Ereignisgeschichte steht dabei im Mittelpunkt, sondern weitgehend unbekannte Blickwinkel und ungewöhnliche Details.

Die Bilder zeichnen nach, wie sich die Mauer über die Jahre entwickelte und führen die Veränderungen der Stadt entlang des ehemaligen Grenzstreifens vor Augen. Im Fokus stehen unterschiedliche Orte und Menschen in der Stadt, mitten im Zentrum, aber auch am Stadtrand. Die Fotografien zeugen vom alltäglichen Leben mit der Teilung in Ost- und West-Berlin, aber auch von politischer Brisanz und Erinnerungspolitik. Die Ausstellung ist noch bis zum 15. August 2018 im Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin, zu sehen.

### Suchanzeige

## „Briefe ohne Unterschrift“

### Zeitzeugen-Suche für ein Filmprojekt

### Für eine rbb-Dokumentation über die BBC-Sendung

Wer wir sind und wen wir suchen:

Die Schulz&Wendelmann Filmproduktion mit Sitz in Leipzig, die regelmäßig historische Dokumentationen für öffentlich-rechtliche Sender umsetzt, plant in Zusammenarbeit mit dem rbb einen Film über eine legendäre BBC-Radio-Sendung. Zehntausende kritische Briefe aus der DDR erreichten zwischen 1949 und 1975 die BBC-Redaktion in London und wurden zum Hauptinhalt einer der populärsten Sendungen für die (ost-)deutsche Hörerschaft: „Briefe ohne Unterschrift“.

Wir suchen dafür nach *ehemaligen DDR-Bürgern, die diese BBC-Sendung (regelmäßig) gehört haben und/oder auch den Mut hatten, Briefe an die BBC zu schicken*. Die Staatssicherheit hat mit allen Mitteln versucht, die anonymen Briefeschreiber ausfindig zu machen und sie wegen „staatsfeindlicher Hetze“ anzuklagen – vielleicht gehören Sie sogar zu dieser Gruppe oder kennen jemanden im Umkreis, dem dieses Schicksal widerfahren ist?

Wir freuen uns auf zahlreiche Rückmeldungen – was immer Ihnen zu den „Briefen ohne Unterschrift“ in Erinnerung geblieben ist – lassen Sie uns bitte daran teilhaben.

Schreiben Sie uns eine kurze Mail – darin in Stichworten, zu welchen Themen Sie Auskunft geben können und hinterlassen Sie uns zudem eine Telefonnummer. Wir melden uns bei Ihnen zurück!

Schicken Sie Ihre Mail bitte an

ClaudiaGründer, c.gruender@schulz-wendelmann.de, oder per Post an Schulz/Wendelmann Filmproduktion, Kreuzstraße 12, 04103 Leipzig

## Jahrestreffen

Der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V. veranstaltet sein Jahrestreffen mit dem Thema „Gegen das Vergessen!“ vom **1. bis 3. Juni 2018** in Stollberg. Bei dem Treffen findet u.a. ein Zeitzeugengespräch statt.

Regina Labahn

## Abschied

### Ellen Thiemann

Am 6. Mai 2018 ist Ellen Thiemann nach schwerer Krankheit kurz vor ihrem 81. Geburtstag in Köln in einem Hospiz verstorben. Ellen Thiemann saß unschuldig nach einem mißglückten Fluchtversuch fast zwei Jahre im berüchtigten Frauengefängnis Hoheneck ein, nachdem ein DDR-Gericht sie am 22. Mai 1973 zu drei Jahren und fünf Monaten Zuchthaus verurteilt hatte. Nach ihrem Freikauf konnte sie mit ihrem Sohn am 19. Dezember 1975 die DDR verlassen. Wiederholt war Ellen Thiemann auf den Jahrestagungen der Lagergemeinschaft Workuta zu Gast, zuletzt auf der Jahrestagung 2014 in Karlsruhe.

Das Archiv Bürgerbewegung wird ihre Zeugnisse bewahren und öffentlich zugänglich machen. Ihre Berichte über die

Zeit im Frauengefängnis Hoheneck waren und sind eine wichtige Quelle mehr über die Repressionen in der DDR und haben so erst überhaupt der breiten Öffentlichkeit Einblicke über die schreckliche Burg bei Stollberg nahe gebracht.

Unermüdlich und unter großen persönlichen Opfern hat Ellen sich für die Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts eingesetzt. Ellen war eine starke, kämpferische Frau, die das Wort Aufgeben nicht kannte. Ihre Stimme wird fehlen, sie wird fehlen. Es ist gut zu wissen, daß ihr Erbe gut aufgehoben ist, denn es verpflichtet.

Ruhe in Frieden, liebe Ellen, Du hast gekämpft bis zum bitteren Ende.

Unsere Gedanken sind bei ihrem Sohn Carsten.

In aufrichtiger Anteilnahme  
Stefan Krikowski

### Edeltraut Haltof

Edeltraut Haltof, die Mutter von Dorothea Matheja, Vorsitzende des Deutschen Freundeskreises Tost e.V., verstarb am 10. April 2018. Frau Haltof lernte ich anlässlich meines ersten Besuches in Tost 1993 kennen. Sie gehörte zu den Gründungsmitgliedern, war lange Schatzmeisterin und die gute Seele des Freundeskreises. Auch ihr Vater wurde im Januar 1945 von der Roten Armee verhaftet und in ein Lager nach Sibirien transportiert. Er kam nie mehr zurück, starb auf dem Heimtransport.

Im Mai 2017 anlässlich unseres Besuches in Tost habe ich noch mit ihr auf der „Burg“ gesprochen. Bei der Verabschiedung äußerte ich, daß wir uns im Mai 2019 wiedersehen würden. Ihre Antwort war: „Eher nicht.“ Sie sei bereits im 91. Lebensjahr. Dabei sah sie so gut und elegant aus. – Einige Tage danach wurde sie von einer unaufmerksamen Autofahrerin in Tost überfahren und lag seitdem im Koma in einem Hospiz.

Edeltraut Haltof wird uns in sehr guter Erinnerung bleiben. Viele Jahre hat sie uns Besucher aus Deutschland empfangen und freundlich betreut, so daß wir immer wieder gern zurück nach Tost kamen. Für die Trauerfeier am 21. April 2018 habe ich im Namen der „Angehörigen der Häftlinge von Tost“ ein Blumengebinde bestellt.

Sybille Krägel,  
IG NKWD-Lager Tost/Oberschlesien

## „Die RAF hat Euch lieb“

Wenn eine Tochter über ihre Mutter schreibt, ist das meist eine heikle Angelegenheit. In diesem Fall besonders, denn die Autorin Bettina Röhl ist die Tochter der Journalistin und RAF-Terroristin Ulrike Meinhof. Damit nicht genug, fast alle Unterlagen, Fotos und Materialien befanden sich nicht in Röhl's Besitz, auch nicht in dem ihrer Zwillingsschwester Regine. So ging dem Buch eine mehrjährige intensive Recherche voraus. Einen großen Teil bisher unveröffentlichter Korrespondenz ihrer Mutter erhielt Röhl von deren Anwälten, Akten zum Baader-Meinhof-Fall von der Bundesanwaltschaft. Ergänzt wurde das Material durch viele Interviews, z.B. mit Protagonisten der 68er Bewegung, der Familie und dem Freundeskreis Ulrike Meinhofs. Außerdem legt die Autorin

in historisch-politischen Essays ihre Thesen zur 68er Bewegung und zum „Mythos Meinhof“ dar.

Bettina Röhl ist aber nicht nur Autorin, sie ist auch unmittelbare Zeitzeugin, besser: Betroffene. 1962 geboren, erleben die Meinhof-Töchter als Fünfjährige die Trennung der Mutter von ihrem Vater Klaus Rainer Röhl, dem Verleger der linken Zeitschrift „konkret“. Meinhof scheidet erst mit dem Umzug nach Berlin zu bemerken, was es heißt, eine berufstätige Mutter zu sein. Die Kinder werden bei „Genossen“ herumgereicht, später folgt die Phase der „Umerziehung“. Schicke Kleider sind nicht revolutionär. Gezielt herbeigeführte Verwahrlosung soll sie zu „neuen Menschen“ machen. Röhl erinnert sich, eine kaum ihren Kindern zugewandte Mutter erlebt zu haben.

Als Meinhof nach der Gefangenenerfreibung Baaders 1970 in den Untergrund abtaucht, werden die damals siebenjährigen Zwillinge nach Sizilien in ein Barackenlager entführt, wo sie vier Monate zubringen. Kurz bevor sie von einem

RAF-Mitglied in ein palästinensisches Waisenlager verbracht werden sollen, erhält ihr Vater das Aufenthaltsbestimmungsrecht. Der Journalist Stefan Aust und der ehemalige Freund Meinhofs und RAF-Aussteiger Peter Homann holen die Kinder gerade noch rechtzeitig heraus, so daß Klaus Rainer Röhl sie zurück nach Deutschland bringen kann.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, das Buch zerfalle in die Bereiche Privatleben und Politik. In dieser speziellen Familienkonstellation jedoch ist beides nicht mehr zu trennen, besonders nach der Scheidung der Eltern. Schon der Buchtitel, Zitat aus einem von Meinhofs Briefen aus dem Gefängnis an ihre Töchter, deutet die un gute Symbiose an. Viele Dokumente weisen darauf hin, daß Ulrike Meinhof auch im Politischen angetrieben wird von ihrem Haß auf das „Schwein Röhl“, möglicherweise sogar ihre extreme Radikalisierung damit zusammenhängt. 1969 will Meinhof den Vater ihrer Kinder bei der Zeitschrift „konkret“ entmachten, „mit einer bornierten, erschütternden Gewißheit, was richtig und falsch ist“. Die Redaktion wird gestürmt, sein Privathaus demoliert.

Die Autorin geht davon aus, daß die neuen Freiheiten, die gemeinhin mit der 68er Bewegung verbunden werden, in der Bundesrepublik bereits vorhanden waren und erst die Grundlage für die 68er bildete, wobei diese sich dann ideologisiert und in Extremismen gesteigert hätten. Daß die Bewegung nicht der große Befreiungsschlag war, weiß sie zu belegen, ebenso, daß die große Aufarbeitung der NS-Zeit nicht zu den Zielen gehörte. Diese These vertritt u.a. auch der Historiker Götz Aly.

Bettina Röhl kommt zu dem Ergebnis, daß die größte Schwachstelle der 68er Bewegung sie mit allen kommunistischen Revolutionen eint: Die Frage, wie es nach Erreichung des Zieles – also eines siegreichen Umsturzes – weitergehen soll, sei völlig unklar, und ihre Wirtschaftsidiologie „ohne jeden Sachverstand, ohne einen blassen Schimmer“. Über die Auflösung des sozialistischen deutschen Studentenbundes (SDS) 1970 schreibt Röhl: „Jetzt ging 68 erst richtig los. Der SDS war überflüssig geworden.“ – Die RAF wird gegründet.

Horst Mahler sei der eigentliche Begründer der RAF gewesen, so Röhl. Er holt

Baader und Ensslin aus Italien zurück, und im Meinhofschen Wohnzimmer wird die „Stadtguerilla“ geboren, unter Anwesenheit auch von „Ostberliner Genossen“ und natürlich – der beiden Kinder. Röhl erinnert sich, nichts von den Inhalten verstanden zu haben. Die Tatsache aber, daß etwas Bedeutendes im Gange war, entging den Zwillingen nicht. Meinhof wird nun zur „Pressesprecherin“ der RAF, ihre ganze Persönlichkeit wirkt regelrecht ideologieverklebt, sie schreibt die berühmten Pamphlete mit dem Zeichen der Maschinenpistole vor rotem Stern.

Im Sommer 1972 ist der Kern der ersten RAF-Generation bereits festgenommen, ohne daß der Terror politisch auch nur annähernd zum Ziel geführt hätte. Deshalb, schreibt Bettina Röhl, sei nicht die RAF spannend, sondern die Reaktion von Gesellschaft und Politik auf die RAF. Sie resümiert, bis 2007 sei die RAF „die letzte nationale Identifikationsgröße der teutonischen Bundesrepublik“ gewesen.

Nachdem die Kinder ihre Mutter ein paar Mal im Gefängnis besucht haben und auch Briefe erhalten, bricht Ulrike Meinhof Anfang 1974 den Kontakt ab, läßt die Post zurückschicken. Im Frühjahr 1974 wird sie nach Stuttgart-Stammheim verlegt. Am 9. Mai 1976, noch vor Ende ihres Prozesses, begeht sie mutmaßlich Suizid.

Der Autorin ist es hervorragend gelungen, zwischen den privaten Erinnerungen aus der Kindheit und ihren Analysen der 68er Bewegung, der RAF sowie des Mythos Meinhof keine Brüche entstehen zu lassen. Möglichen Erinnerungsunschärfen beugt sie immer wieder mit Interview-Ausschnitten und dokumentarischen Zitaten vor. Das Buch ist flüssig und spannend geschrieben, es liefert eine neue Sicht auf Ereignisse und Akteure. Außerordentlich empfehlenswert.

Gertrud Röder



Bettina Röhl: „Die RAF hat Euch lieb“. Die Bundesrepublik im Rausch von 68 – Eine Familie im Zentrum der Bewegung, Heyne Verlag 2018, 640 S., 24,- €

### Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.



## Veranstaltungen

5.6. (Di), 18.00 Uhr:

**Gelenkter Protest? SED, Stasi und Studentenbewegung**, mit Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs, Dr. Knut Nevermann, Eva Quistorp, Prof. Dr. Klaus Schroeder, Alfred Eichhorn; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „Das doppelte 1968. Hoffnung – Aufbruch – Protest“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.6. (Mi), 18.00 Uhr:

**„Stalins Volk. Nationale Identität in Georgien“** (in englischer Sprache), Vortrag v. Davit Jischkariani, Historiker; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung, SOVLAB Tbilisi u.a. in der Reihe „Stalins langer Schatten. Zwei Vorträge über die Aufarbeitung der Sowjetgeschichte in Georgien“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.6. (Mi), 19.00 Uhr:

**„Anzahl der Freiheitsgrade“**, Kurzfilm v. Katrin Büchel, Dt. 2018, 20 min, Film Premiere und Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau u. Archiv Bürgerbewegung Leipzig; Ort: Kinobar Prager Frühling Leipzig, Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig

6.6. (Mi), 19.00 Uhr:

**Flucht und Ausreise aus der DDR. Über Tempelhof in den Westen**, Vortrag v. Bettina Effner, Leiterin d. Erinnerungsstätte Notaufnahmehafen Marienfelde, Zeitzeugengespräch mit Angela Bertus u. Armin Köhn; Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmehafen Marienfelde; Ort: Flughafen Tempelhof, Zollgarage, Columbiadamm 10, 12101 Berlin (Zugang über den „Ehrenhof“, links vom Haupteingang „Zentralflughafen“); Anmeldung erbeten unter Tel. (030) 25 45 09-13 oder E-Mail [veranstaltungen@stiftung-berliner-mauer.de](mailto:veranstaltungen@stiftung-berliner-mauer.de)

12.6. (Di), 18.00 Uhr:

**Dr. Angela Plöger** stellt das von ihr übertragene Werk „Feuerherz“ von Katja Kettu vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

12.6. (Di), 19.00 Uhr:

**„GULag und Genossen – Aufzeichnungen eines Überlebenden“**, Lesung und Zeitzeugengespräch mit Autor Günther Rehbein; Veranstaltung d. Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung d. SED-Diktatur u.a.; Ort: Stadtbücherei Suhl, Bahnhofstr. 10, 98527 Suhl

13.6. (Mi), 18.00 Uhr:

**Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953**, mit Lutz Rackow, Zeitzeuge, Mod. Detlef W. Stein, Zeithistoriker u. Institutsleiter OEZ Berlin; Veranstaltung d. Osteuropazentrums Berlin u.a.; Ort: Stasimuseum Berlin,

## Gorbatschow und die deutsche Frage

Das vorliegende, mit überaus vielen Einzelheiten versehene Buch beinhaltet den Lebensweg Gorbatschows vom Bauernjungen in einem kleinen Dorf im Nord-Kaukasus bis zum ersten Mann der Sowjetunion. Dabei spielt das gesplittene Deutschland verständlicherweise eine wichtige Rolle. Schon früh bereitete Gorbatschow die SDI-Aufrüstung der USA große Sorgen. Sein Ziel war dagegen die Zusammenarbeit mit Washington zur Beendigung des Kalten Krieges. Begegnungen mit dem US-Präsidenten indes führten nicht zum Erfolg, zumal dieser nicht an das Gelingen von Perestroika glaubte. Um so notwendiger erschien Gorbatschow Anfang 1987 ein Kontakt zu Bundeskanzler Kohl. Dessen Worte von der „offenen deutschen Frage“ lehnte er ab, andererseits meinte er neutral, die Lösung solle man der Geschichte überlassen. Beide Staatsmänner erfaßte bald gegenseitige Sympathie. Kohl erklärte deutlich, die Deutschen würden sich mit einer Zweiteilung ihres Landes nicht abfinden. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU hatte seine eigene Ansicht über Honecker, der sich für den ältesten und klügsten KP-Führer hielt und der Gorbatschows Rede vom Januar 1987 über die Demokratisierung der UdSSR verbot: Er erachtete diese als „Unverschämtheit“.

Der Leser erlebt Gorbatschows „unvergeßlichen Empfang auf dem Bonner Rathausplatz“ im Juni 1989, wobei im Buch auch erwähnt wird, daß kein westdeutscher Politiker nach der Wiedervereinigung fragte – bekanntlich das Kernstück des Grundgesetzes! Am 7. Oktober gleichen Jahres sprach Gorbatschow bei einem Berlin-Besuch vor der DDR-Führungsspitze sein berühmtes „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Honecker, erklärt er offen, könne nicht auf eine militärische Hilfe der UdSSR hoffen. In Moskau bezeichnet er ihn nur noch als „Drecksack“.

Bedauerlicherweise scheint dem Autor die Sitzung des Politbüros der KPdSU am 3. November 1989 unbekannt zu sein, auf der Gorbatschow seinen Außenminister Schewardnadse zweifelnd fragte, ob Krenz sich halten werde, die Sowjetunion könne die DDR nicht mehr unterstützen, und was mit der Mauer geschehen solle. Schewardnadse antwortete nur kurz: „Die sollen sie abreißen!“ Auf ihren Fall reagierte der erste Mann im Kreml mit den Worten: „Die haben richtig gehan-

delt“, wie man dem Buch entnehmen kann.

Auf der nächsten Politbüro-Sitzung wurde weder dieses Ereignis noch die DDR generell erwähnt. Man hatte größere Sorge wegen der Freiheitsbewegungen im Baltikum und der Ukraine sowie der Bergarbeiterstreiks in Workuta. Angesichts der miesen Wirtschaftslage im eigenen Lande bat man die Bundesrepublik um Kredite, die der Bundeskanzler sofort zusagte. Bonn wurde zum wichtigsten Auslandspartner.

Intellektuelle und Teile der russischen Presse fragten offen, wie ihr Präsident die Ausdehnung der NATO auf die DDR ohne Vorbedingung zulassen konnte, warum er keine Garantie auf einen Verzicht ihrer Ausdehnung auf Osteuropa forderte. Wie der Verfasser ausführt, hatte Gorbatschow eine solche erhalten. Bush jedenfalls nahm jene sofort zurück, wie es im Buch weiter heißt. Tatsache ist: Gorbatschow akzeptierte die deutsche Mitgliedschaft in der NATO, wobei er sich auf seine verlangten „Neun Garantien“ berief mit der Forderung, daß die NATO nicht die Sicherheit Rußlands gefährde. Ist die tiefere Ursache dieses Entgegenkommens letztlich in seinem Wunsch nach für ihn überlebensnotwendigen Krediten in Höhe von bis zu 20 Milliarden US-Dollar zu sehen? Kohl sagte fünf Milliarden DM zu. Für die weitere Anwesenheit russischer Truppen in der DDR, ihren späteren Abzug und die Wiederansiedlung in ihrer Heimat zahlte Bonn fast 20 Milliarden DM und die gleiche Summe für Kredite, falls der Autor des Buches richtig informiert ist.

Es war 1991, als die CIA das Ende der Ära Gorbatschows analysierte. Ende desselben Jahres trat dieser tatsächlich als Präsident zurück.



William Taubman: Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit, C.H. Beck Verlag 2018, 935 S., 38,- €

# Geheimhaltung im wesentlichen gelungen

## Sexueller Mißbrauch in der DDR

Sexueller Mißbrauch, insbesondere an Kindern und Jugendlichen, gibt es in allen Gesellschaften, allen Staaten. Dies ist also an sich nicht spezifisch für eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung der Situation in der DDR kann dann ertragreich sein, wenn der Mißbrauch mit den politischen Rahmenbedingungen in Beziehung gesetzt wird. Die Frage ist dann, ob es DDR-spezifische Aspekte des Mißbrauchs gibt. In dem vorliegenden Buch wird dies bejaht. Es ist in drei Abschnitte unterteilt. Zunächst wird eine Sachverhaltsdarstellung geleistet, gewissermaßen eine Bestandsaufnahme, in einem zweiten Teil werden die juristischen Hintergründe beleuchtet, und im dritten Abschnitt wird das Phänomen des sexuellen Mißbrauchs in der DDR aus psychosozialer Sicht betrachtet.

Der Vergleich zwischen Ost und West ist schwierig, wenn überhaupt möglich. Verschiedene tragende Begriffe, etwa „Disziplin“, kamen nur in einem der beiden Staaten vor oder sie wurden offiziell unterschiedlich verwendet. Wenn in der DDR vom „Kollektiv“

die Rede war, entsprach dies nicht etwa dem Team oder der Gruppe in der Bundesrepublik. Soziale Schichten in der DDR besaßen kein Analogon in der Bundesrepublik. Etwa implizierte die Unterschichtentese der DDR, daß der Machtapparat der SED außerhalb der Bewertung bleiben konnte. Wenn zum Beispiel Mitarbeiter des MfS oder des SED-Verwaltungsapparates des sexuellen Mißbrauchs beschuldigt wurden, degradierte und entließ man sie schon vor Beginn eines normierten Ermittlungsverfahrens. Somit standen sie statistisch für Unterschichten-Angehörige, wie „einfache Arbeiter“. Das Paradoxon, daß ja die sogenannte Arbeiterklasse die Macht im Staate ausübt, wurde von der SED in Kauf genommen.

Der Begriff „Arbeiterklasse“ bedeutete ohnehin etwas völlig anderes als das, was man im Westen unter Arbeiterklasse verstand. Durch die Unterschichten-Zuordnung wurden sexuelle Delikte im Zusammenhang mit einer natürlich nur in der Unterschicht zu konstatierenden allgemeinen Verwahrlosung angesehen. Und diese Verwahrlosung wurde häufig westlichen Einflüssen oder der Vergangenheit (Reste negativer Verhaltensweisen) zugeordnet.

Ein Vergleich statistischer Werte ist nur schwer möglich, weil die Daten aus definitorischen Gründen selten kompatibel sind. Die Anzahl von Strafgefangenen war in der DDR zeitweise in der Nähe des westdeutschen Wertes, und zwar absolut. Aber schon beim Begriff des Strafgefangenen beginnen die Probleme des Vergleichs. Welche Rolle spielte dabei das System der Arbeitserziehungslager in der DDR, eine spezifisch kommunistische Einrichtung? „Spezialheime“ bezeichnen die Autoren als „totale Institution“. Im Buch werden die Jugendwerkhöfe Klaffenbach und Rödern sowie das Jugendhaus Wriezen vorgestellt. „Narben der Gewalt“ blieben bis heute. In diesen Häusern ging es nicht streng, sondern grausam und unmenschlich zu, wie Betroffene in einem Rundfunkbeitrag erinnern. Fälle sexuellen Mißbrauchs waren in der Öffentlichkeit der DDR nicht bekannt, die



.....  
 Christian Sachse, Stefanie Knorr, Benjamin Baumgart: *Sexueller Mißbrauch in der DDR. Historische, rechtliche und psychologische Hintergründe des sexuellen Mißbrauchs an Kindern und Jugendlichen in der DDR*, Springer Verlag 2018, 257 S., 44,99 €  
 .....

## Veranstaltungen

Raum 614, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin (Zugang über Personaleingang)

13.6. (Mi), 18.30 Uhr:

„**Das Leiden der 2. Generation – Die Kinder politisch Verfolgter**“, Filmvorführung u. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. UOKG u.a.; Ort: Besucherzentrum, Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

13.6. (Mi), 19.30 Uhr:

„**Stein**“, Spielfilm, Dt. 1991, 108 min, Regisseur Egon Günther; Veranstaltung d. LAKD u.a. in der Filmreihe „Zeitschnitt 2018“; Ort: Klosterscheune, Am Kloster, 16792 Zehdenick

14.6. (Do), 19.00 Uhr:

„**Fotografieren verboten!**“ Siegfried Wittenburg im Fokus der OPK „Linse“, Vortrag u. Ausstellungseröffnung, Vortrag v. Siegfried Wittenburg, Fotograf, Diskussion mit Siegfried Wittenburg u. Thomas Häntzschel, Mod. Volker Höffer, BStU, Eröffnung d. Ausstellung „Leben in der Utopie oder Der Alltag in einem verschwundenen Staat“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Societät Rostock maritim (ehemaliges Schifffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

17.6. (So), 10.30 Uhr:

„**Gedenkfeier für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953**“; Straße d. 17. Juni 2 in Leipzig – Kranznie derlegung; 11.15 Uhr: Grabanlage „Opfer der Gewaltherrschaft 1933-1989“, Südfriedhof; 12.30 Uhr: Denkmal „Panzer Spuren“, Salzgäßchen am Leipziger Markt

18.6. (Mo), 18.00 Uhr:

„**Gedenken und Erinnern**“, Filmvorführung „Wir wollen freie Menschen sein! Der Volksaufstand von 1953“ u. Gespräch mit Freya Klier; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, ehemaliger Stasi-Kinosaal

19.6. (Di), 19.00 Uhr:

„**Die „Geschlossene Krankenanstalt“ Rostock und die Stasi**“. Geheime Stadtgeschichte(n), Ref. Steffi Brüning, Historikerin, Mod. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Societät Rostock maritim (ehemaliges Schifffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

20.6. (Mi), 18.15 Uhr:

Kolloquium „**Vom Scheitern der kybernetischen Utopie**“. Die Entwicklung der Informationsverarbeitung im MfS und ihre Auswirkungen auf die Überwachung der DDR-Bevölkerung, Ref. Dr. Christian Booß, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Besucherraum/Foyer, Haus 31, Karl-Liebknecht-Str. 31–33, 10178 Berlin



21.6. (Do), 21.00 Uhr:

**Kino im Freihof** zum Thema „Ausgrenzung“, weitere Vorführtermine: 28.6., 5.7. u. 12.7., das Filmprogramm wird unter [www.gedenstaette-bautzen.de](http://www.gedenstaette-bautzen.de) rechtzeitig bekanntgegeben; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

26.6. (Di), 18.00 Uhr:

**Die „Raumrevolution“ in den Ideen der Achtundsechziger**, Vortrag v. Prof. Dr. Bernd Rabehl; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

27.6. (Mi), 19.00 Uhr:

**Währungsreform, Blockade und Luftbrücke**; Veranstaltung d. BAB u.a.; Ort: Alliierten Museum, Clayallee 135, 14195 Berlin

30.6. (Sa), 18.00–01.00 Uhr:

Museumsnacht, **Da.Da.R. – Die Kunst zu widerstehen**, Ausstellungseröffnung u.a.; Veranstaltung der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

4.7. (Mi), 18.00 Uhr: **Gratwanderungen**.

Mein Widerstand gegen SED-Staat und Stasi, mit Martin Brama, Autor u. ehem. Politischer Häftling, Mod. Detlef W. Stein, Zeithistoriker u. Institutsleiter OEZ Berlin; Veranstaltung d. Osteuropazentrums Berlin u.a.; Ort: Stasimuseum Berlin, Raum 614, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin (Zugang über Personaleingang)

10.7. (Di), 18.00 Uhr:

**„Die ewige Morgenröte – Teil II: Das Leben ist kein Spiel“**, mit Jochen Stern, Autor, Schauspieler, Jurist u. ehem. Bautzen-Häftling; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

#### Ausstellungen

##### „Der rote Gott – Stalin und die Deutschen“

Ausstellung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin

Zu sehen bis zum 30. Juni 2018

##### „Kunst aus dem Gulag. Salomon Gerschow, Workuta 1948–56“

Ausstellung in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Ort: Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam  
Zu sehen bis zum 30. Juni 2018

Geheimhaltung ist der SED im wesentlichen gelungen.

Solcher Mißbrauch geschah in den meisten Fällen innerhalb geschlossener Einrichtungen. In Jugendhäusern bzw. Jugendwerkhöfen, in Sportvereinen, in Internaten, beim Militär und innerhalb der Familie waren die Bedingungen für die zumeist männlichen Täter günstig. In der DDR gab es ein ausgeklügeltes System der gegenseitigen Überwachung auch außerhalb der Tätigkeit des MfS, staatlich organisierte Mikrokontrolle (z.B. Helfer der VP) genannt. Die Autoren stellen jedoch fest, daß die Aufdeckung sexueller Straftaten hinter der Überwachung der politischen Loyalität oder dem Umgang mit dem „sozialistischen Eigentum“ zurückstand, jedenfalls nicht als Aufgabefeld festgelegt war. Hinweise aus dem Kontrollsystem sind nicht festgestellt worden. Eher gab es eine „Kumpanei der doppelten Moral“ (Ich berichte nicht über dich, und du berichtest nicht über mich).

An mehreren Stellen des Buches richten die Autoren den Blick auf die geheimen Institutionen der DDR, vor allem das Ministerium für Staatssicherheit. Sexualstraftäter wurden bei Bedarf „operativ genutzt“, etwa verging sich ein Zöllner an reisenden Frauen. Er wurde unter der Legende des Republikflüchtlings in die Untersuchungshaftanstalt des MfS als ZI (Zelleninformer) gebracht. Dort bespitzelte er Mithäftlinge. Vernehmer, die ihre beruflich erworbene psychologische Kompetenz nicht nur politisch, sondern auch auf perfide Weise für die sexuelle Straftat an Kindern mißbrauchten, werden im Buch als Extremfall eingeordnet. Kennzeichnend ist die Feststellung, daß das Geheimhaltungsinteresse dem sensiblen Vorgehen bei der Befragung von kindlichen Opferzeugen gegenüberstand. „Der Untersuchungsvorgang ist unter Wahrung des Ansehens des MfS und Gewährleistung und Geheimhaltung zu realisieren.“

Die drei Autoren beleuchten ihr Thema aus jeweils berufsspezifischer Perspektive (Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Psychologie). Das Buch ist zwar gut lesbar, jedoch hätten mehrere thematische Wiederholungen vermieden werden sollen. Sein Wert besteht nicht zuletzt darin, auch über das spezielle Thema „Mißbrauch“ hinaus in interessanter Weise über die politischen Bedingungen des Lebens in der DDR zu informieren.

Bernd Lippmann

#### Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

#### Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 9., 16., 23. und 30. Juni sowie am 7. Juli, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

#### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
Mo–Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail [kegel@uokg.de](mailto:kegel@uokg.de)

Carola Schulze, soziale Beratung  
Mo–Fr, 14–16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail [schulze@uokg.de](mailto:schulze@uokg.de)

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)  
Mo–Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail [behr@uokg.de](mailto:behr@uokg.de)

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

#### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail [bsv-beratung@gmx.de](mailto:bsv-beratung@gmx.de)

Elke Weise, Juristin  
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Heinz Assig, Gisela Bauer, Joachim Bauer, Ludwig Börner, Erna Carbow, Hartmut Digtusch, Dr. Wolf Erler, Klaus Fischer, Gerhard Glaubig, Bernd Haberkorn, Dr. Rolf Haberland, Margot Hampe (Spende zum Gedächtnis Kurt Wende), Dirk Hansen, Wilfried Härtel, Roland Jacobi, Werner Keller, Dr. Eberhard Kempf, Waltraut Kindermann, Reinhard Klaus, Burkhard Köpnick, Kurt Kugler, Wolfgang Kupke, Manfred Langkath, Erich Lienhart, Joachim Lummitsch, Rüdiger Malle, Peter Menzel, Klaus Muder, Günter Müller-Hellwig, Horst u. Sieglinde Opitz, Reinhard Pappai, Joachim Petras, Marianne Poetsch, Thomas Rademacher, Eike Christine Radewahn, Uwe Reinhardt, Rainer Schmiedel, Gabriele Seidel, Dr. Heinz Steudel, Klaus-Joachim Surma, Dieter Weise, Fred Wietzoreck, Christel Wolfermann, Anneliese Zogbaum

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Gutes Benehmen heißt, den anderen nicht dumm dastehen zu lassen. Das ist Benehmen. Gutes. Also Kultur, unsere.

Roman E. Svabek

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. Mai 2018

